bonner perspektiven

November 2012

Magazin der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)

IN DIESER AUSGABE:

Dr. Mathias Döpfner:
Netz der Freiheit? – Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert 6

Prof. Dr. Hartmut Ihne:
Vom Internet, seiner Verfassung, der Netzgesellschaft und ihrem Gesellschaftsvertrag 18

Bodo Hombach:
Von Gutenberg zum Internet 28

DEBATTE

Martin Stadelmaier:
Bürgerpartizipation am Beispiel von Beteiligungsverfahren im Internet 34

Prof. Dr. Caja Thimm:
Digitale Citoyens – Neue Partizipationskulturen im Netz 39

Dr. Joachim Paul:
Digitale Gesellschaft – Politisches Kommunizieren und Agieren im Netz 44

Jessica Einspänner:
Post-Privacy: Privatheit in der digitalen Öffentlichkeit? Ein Debattenbeitrag 50

Prof. Dr. Reiner Clement:
Online-Kommunikation von Unternehmen im Kontext von Web 2.0 – Technologien 56

Loay Mudhoon:
Die Rolle der Neuen Medien im Arabischen Frühling 67

Netz der Freiheit?
Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert

BA PP
Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik

Bodo Hombach

editorial

Der Titel hat Untiefen. Sind die Begriffe „Netz“ und „Freiheit“ nicht Gegensätze? Ein Netz kann auffangen, aber auch einfangen. Vernetzung ermöglicht Kommunikation. Man kann sich aber auch verheddern und verfangen.

Wie im Spinnennetz. Es ist eine geniale Konstruktion. Es legt eine Struktur in den leeren Raum, mit schwebender Leichtigkeit und doch gut verankert an Fixpunkten der Umgebung. Es ist elegant, elastisch und schön, aber auch klebrig. Wer ihm zu nahe kommt, hängt plötzlich fest. Schönheit wird Albtraum. Eleganz wird Falle. Elastizität gibt scheinbar nach, aber sie ist besonders unnachgiebig. Und unsichtbar lauert die Spinne. Sie hat keinen Sinn für Poesie. Sie hat einfach nur Hunger.

Mit dieser schrecklich-schönen Metapher lädt die Bonner Akademie zum Diskurs über Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert ein. Wer die rasante Entwicklung beobachtet, ist in einer verwirrenden Mischung aus Faszination und Sorge. Das neue Gebilde ignoriert alle bisher üblichen Standards. Mit dem naiven Charme einer Naturgewalt reißt es die Initiative an sich. Plötzlich ist es der einzige Akteur und zwingt alle anderen, zu reagieren. Und dies geschieht nach Gesetzen, die es sich selber gibt.

Ein solches Phänomen darf nicht sich selbst überlassen bleiben. Wer seine Vorzüge erhalten und weiterentwickeln will, muss sich mit seinen Schattenseiten auseinandersetzen. Er muss Kriterien finden und Orientierung suchen.

Dafür arbeiten wir.

Bodo Hombach
Präsident der Bonner Akademie

25. Oktober 2012: Podiumsdiskussion mit Dr. Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG

Bedroht oder fördert das Internet Demokratie und Freiheit? Mit dieser Frage beschäftigte sich Dr. Mathias Döpfner, Vorstand des europaweit größten Medienkonzerns Axel Springer AG, in einem Vortrag vor der Bonner Akademie (BAPP). Sein Fazit: Das Netz ist weder gut noch böse, es ist genauso freiheitsfördernd oder -begrenzend wie die Menschen, die es nutzen. Darüber sowie über Tagesschau-App, Chancen von Verlagshäusern und Qualitätsjournalismus diskutierten anschließend der Präsident der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Prof. Dr. Hartmut Ihne, und BAPP-Präsident Bodo Hombach unter Moderation von Bettina Köster (Deutschlandfunk). Der Gastgeber im Posttower, Jürgen Gerdes (Vorstandsmitglied der Deutschen Post DHL und Kuratoriumsmitglied der Bonner Akademie), konnte bei der Veranstaltung über 200 Gäste in Empfang nehmen.

Mehr zur Podiumsdiskussion finden Sie unter bapp-bonn.de/im-fokus

veranstaltungen

5. November 2012: „Bonner Lecture: Europas Demokratie im Wandel – Wohin geht Europa?“

In den Räumen der Bonner Akademie fand am 5. November der Auftakt der Veranstaltungsserie „Bonner Lecture“ statt – Thema: Europas Demokratie im Wandel – Wohin geht Europa? Als Redner räsonierte der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel, wie die EU-Staaten die Finanz- und Schuldenkrise bewältigen könnten. Im Anschluss konnten die Gäste im vollbesetzten Saal – unter ihnen Ministerpräsident a.D. Dr. Jürgen Rüttgers, der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Bonn Hans Daniels, der Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg Wolfgang Grießl und Kommissionsmitglied a.D., Frau Dr. Monika Wulf-Mathies – einer Diskussion über die Zukunft Europas folgen. Unter der Moderation von Andreas Tyrock (Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers) debattierten Sigmar Gabriel, Bundesminister a.D. Hans-Dietrich Genscher und der Rektor der Universität Bonn Prof. Dr. Jürgen Fohrmann vor allem die zentrale Frage, wie das Vertrauen in die EU-Institutionen wieder gestärkt werden könne.

Die nächsten Veranstaltungen der Bonner Akademie:

22. November: Expertenrunde zum Forschungsprojekt „Demokratiereform“ unter der Leitung von Prof. Dr. Frank Decker und Dr. Ing. e.h. Wolfgang Clement

11. Dezember: „Die USA nach den Präsidentschaftswahlen“ mit John Kornblum (ehem. US-Botschafter in Berlin) und Prof. Dr. Wolfram Hilz (Universität Bonn)

Mehr Veranstaltungen finden Sie unter bapp-bonn.de

9. November 2012: Podiumsdiskussion „Digitale Gesellschaft – Neue Bürgerpartizipation?“

Im Rahmen des Bapp-Forschungsprojekts „Digitale Citoyens“ fand am 9. November eine Podiumsdiskussion statt. Projektleiterin Prof. Dr. Caja Thimm debattierte mit Hendrik Wüst (Geschäftsführer des Zeitungsverlegerverbands NRW; CDU), Pia Schellhammer (Vorsitzende der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung in Rheinland Pfalz“; Bündnis 90/Die Grünen), Martin Stadelmaier (Chef der Staatskanzlei Rheinlad-Pfalz; SPD) und Dr. Joachim Paul (Fraktionsvorsitzender im Landtag NRW; Piraten) zum Thema „Digitale Gesellschaft – Neue Bürgerpartizipation?“

25. Oktober 2012: Buchpräsentation „Die Grünen. Höhenflug oder Absturz?“ von Prof. Manfred Güllner

Forsa-Gründer und -Geschäftsführer Prof. Manfred Güllner stellte am 25. Oktober im Senatssaal der Universität Bonn sein neues Buch „Die Grünen. Höhenflug oder Absturz?“ vor. Im Anschluss diskutierten darüber der Präsident der Bonner Akademie Bodo Hombach, Professor Dr. Hubert Kleinert von der HfpV Gießen sowie einer der ersten Bundestagsabgeordneten der Grünen und die Hildesheimer Politikwissenschaftlerin Dr. Saskia Richter; moderiert wurde die Veranstaltung von Tabea Reissenberger; Mitarbeiterin der Bonner Akademie.

veranstaltungen

Dr. Mathias Döpfner, geb. 1963, ist seit 2002 Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG.

Netz der Freiheit? – Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert

Guten Abend, meine Damen und Herren!

Ich möchte heute mit Ihnen über das Thema „Netz der Freiheit? – Netz der Unfreiheit?“ räsonieren. Über Fragen wie: Ist die digitale Welt, ist das World Wide Web und alles, was daraus entsteht, eine große Errungenschaft für Demokratie und Freiheit oder ist es eine Bedrohung derselben? Ist es Befreiungsmotor oder Kontrollorgan? Ist es segensreich für die Gesellschaft oder gefährlich? Ist es gut für die Medien, für die Verlage, oder bedeutet es deren Ende? Das sind Fragen, welche die Medienbranche momentan existenziell beschäftigen, die aber auch von vielen anderen gesellschaftlichen Gruppierungen – von der Politik, von der Wissenschaft, von Intellektuellen – ausführlich diskutiert werden. Dabei machen es sich viele einfach und malen die Dinge schwarz oder weiß, gut oder böse, frei oder unfrei. Ich bin da nicht so sicher.

Vielleicht ist es ganz ratsam, sich zunächst einmal vor Augen zu führen, mit was für einer grundlegenden Entwicklung und Umwälzung unserer Gesellschaft wir es bei der Digitalisierung eigentlich zu tun haben.

Man kann lange darüber diskutieren: Was sind eigentlich die größten Erfindungen und Errungenschaften der Menschheitsgeschichte? Viele sagen: das Rad, das Automobil oder das Flugzeug. Andere sagen: das Telefon. Manche meinten auch schon: das Schießpulver. Ich glaube, es gibt vier herausragende Erfindungen, die die Welt grundlegend verändert haben.

Die allererste, wichtigste Errungenschaft der Menschheit und der Zivilisation ist für mich die Sprache. Ohne Sprache gibt es keine Zivilisation. Nur durch Sprache können sich Menschen miteinander intellektuell verständigen, können sie Wissen austauschen, können sie so etwas wie Zivilisation und Kultur überhaupt entwickeln.

Die zweite große weltverändernde Errungenschaft ist die Schrift. Denn die Sprache der Menschen ist etwas sehr Ephemeres; sie ist vergänglich. Wenn die Menschen sterben, dann ist das, was sie gesagt haben, weg. Erst die Schrift hat es möglich gemacht, dass man Worte aufbewahrt, dass man Wissen weitergibt. Bei der Erzählung, der Weitererzählung geht viel verloren. Bei der Schrift gibt es so etwas wie die objektive Dokumentation dessen, was jemand gewusst und gesagt und gemeint hat.

Die dritte Erfindung ist der Druck. Durch die Gutenbergsche Drucktechnik war es zum ersten Mal möglich, breite Schichten der Gesellschaft an kulturellen und zivilisatorischen Erkenntnisse teilhaben zu lassen. Das hatte nicht zuletzt eine demokratisierende Wirkung. Ohne die Druckkunst wäre wahrscheinlich die Infragestellung des Feudalismus so nicht möglich gewesen. Die Erfindung des Drucks stellt daher eine zutiefst in die gesellschaftliche Verfasstheit einschneidende Errungenschaft dar.

Die vierte große Erfindung in dieser Reihe, die sich über Jahrtausende spannt, ist die Digitalisierung. Das ist nicht vergleichbar mit dem Auto oder mit dem Flugzeug oder mit dem Telefon. Das ist viel mehr, eine völlige Veränderung, weil sie das Weitergeben von Informationen dramatisch verändert. Nicht nur, dass Kommunikation schneller wird, sie wird auch sofort global. Für jeden, der die technischen Möglichkeiten hat – und das werden immer mehr –, ist alles, was digital gesagt oder gesendet wird, jederzeit überall verfügbar.

Dr. Mathias Döpfner:

Netz der Freiheit? – Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert

Die Digitalisierung ermöglicht das Phänomen der Interaktivität, der Gleichzeitigkeit, der direkten Partizipation des Nutzers. Auch das ist ein völlig neues Element. Dazu kommt die unbegrenzte Möglichkeit, in einem unermesslichen Raum Dinge zu dokumentieren, aufzuschlüsseln, festzuhalten und weiterzugeben.

Ich glaube, wir alle wissen überhaupt noch nicht, was die Digitalisierung mit uns anstellt. Wir stehen erst ganz am Anfang dieser Entwicklung. Es gibt kaum eine Branche, kaum einen Wirtschaftssektor, der nicht radikal dadurch in Frage gestellt worden ist. Heute gibt es die Hersteller von Filmen für Fotokameras nicht mehr; da keiner mehr damit fotografiert. Die Hersteller von Vinylschallplatten gibt es zwar noch, weil es eine Renaissance für eine kleine Minderheit gibt, die aus Nostalgie wieder Vinylschallplatten hört. Aber auch da ist ein großer Teil einer Industrie verschwunden.

Die großen Industrien sind genauso betroffen: Die gesamte Finanzwirtschaft ist durch die Digitalisierung verändert worden, vielleicht sogar aus den Fugen geraten.

Die ganze Transport- und Reiseindustrie hat sich verändert. Selbst die Autoindustrie verändert sich.

Wir als Medienvertreter, als Journalisten fühlen uns natürlich in ganz besonderer Weise betroffen, weil die gute alte Zeitung als alleiniges Instrument der Masseninformation sehr grundlegend infrage gestellt wird.

Ich erinnere mich an eine Szene, als ein Chefredakteur der „Bild am Sonntag“ einer jungen Schülergruppe die Vorzüge der „Bild am Sonntag“ erläuterte und ins Schwärmen geriet über die Aktualität der Zeitung verbunden mit der unglaublichen Komplexität der Logistik und über die Perfektion, mit der man 120.000 Betriebsstellen jeden Tag ansteuert. Während er darüber redete, geriet er immer mehr in Begeisterung. Die Schüler

hörten ihm brav zu. Dann sagte am Schluss einer: „Ich habe nur noch eine Frage. Sie sagten: Um 23 Uhr ist Redaktionsschluss. Wenn Sie also schon um 23 Uhr mit allem fertig sind, warum senden Sie es nicht einfach gleich?“ – Das war die simple Frage von diesem Schüler. Der hat es nicht verstanden: Was ist denn daran so toll – bis 23 Uhr? Dann muss man doch von 23 Uhr bis 6 Uhr morgens warten, bis man das Ergebnis dieser Arbeit in den Händen hält. Warum – wenn man es doch mit einem Knopfdruck gleich senden kann? Die junge Generation versteht das gar nicht mehr.

Ein anderes Beispiel hat mir Edmund Stoiber erzählt. Er saß mit seiner Enkeltochter beim Frühstückstisch und las die Zeitung. Die Enkelin schaute auf das Foto der Seite 1, tippte mit dem Finger dreimal drauf und sagte: „Opa, kaputt!“ Sie dachte, mit dem Foto müsse doch irgendwas passieren, wenn man es berührt. Größer werden oder sich mit einer neuen Seite verlinken. Sie hat es nicht verstanden, dass ein Foto nichts anderes kann, als einfach nur gedruckt zu werden.

Kurzum: Wir Journalisten und Verlagsmanager fühlen uns existenziell herausgefordert. Und viele in unserer Branche neigen dazu, das Internet als eine einzige große Bedrohung wahrzunehmen. Das ist ganz furchtbar falsch, glaube ich.

Wenn wir einmal genau hinschauen, erkennen wir: Durch die Digitalisierung ist der Journalismus insgesamt freier und antiautoritärer geworden. Es gibt die früheren Zugangsschwellen nicht mehr. Jeder, der etwas zu sagen hat oder glaubt, etwas zu sagen zu haben, kann das tun. Er braucht keinen Verleger mehr, er braucht keinen Chefredakteur mehr, der sagt: „Für gut befunden; das drucken wir.“ Stattdessen postet er es einfach. Er schreibt es in seinen Blog. Er publiziert selber. Das ist ein – wie ich finde – sehr begrüßenswerter antiautoritärer

Dr. Mathias Döpfner:

Netz der Freiheit? – Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert

Fortschritt, weil er die Filterfunktion von Autoritäten, denen vielleicht die Meinung eines Mitarbeiters oder eines Journalisten nicht passt, aushebelt.

Bohrt man noch ein bisschen tiefer, erkennt man, dass die Digitalisierung bereits erheblichen Einfluss auf das Hierarchieverhältnis zwischen Leser und Journalist genommen hat. Bei einem Blick auf die letzten 150 Jahre lassen sich hier drei wesentliche Phasen unterscheiden.

Im 19. Jahrhundert war der Journalist der Vorgesetzte des Lesers. Er hat dem Leser gesagt, was ihn zu interessieren hat. Und er hat das in einer relativ unattraktiven Weise getan: Eine Zeitung sah aus wie eine Bleiwüste. Da gab es keine Fotos und knackige Zusammenfassungen, sondern kleine Überschriften, und schwer lesbare, endlos lange Texte. Der Leser hatte sich da gefälligst durchzuarbeiten. Der Journalist hat dem Leser gesagt, wie die Welt zu sehen ist – und der Leser ist ihm brav gefolgt.

Im 20. Jahrhundert wurden Leser und Journalist zunehmend gleichberechtigt. Die Journalisten erkannten: „Wir müssen uns Mühe geben. Wir müssen die Leser erreichen. Denn wenn die uns nicht lesen wollen, kaufen sie die Zeitung nicht. Und wenn sie sie nicht kaufen, gibt es keine Geschäftsgrundlage mehr. Und wenn es keine Geschäftsgrundlage gibt, gibt es keine Jobs mehr, gibt es keine Journalisten mehr. Also müssen wir etwas tun: Wir machen das Layout attraktiver, wir packen Fotos auf die Seiten, wir machen die Überschriften größer; bis hin zum Boulevardjournalismus machen wir die Dinge emotionaler, kürzer, menschlicher, konkreter.“ Der Journalist musste sich bemühen, damit der Leser ihm noch folgt. Journalist und Leser gelangten so auf die gleiche Hierarchieebene.

Im 21. Jahrhundert könnte sich schließlich mit der

Digitalisierung das Hierarchieverhältnis dahingehend umkehren, dass der Leser zum Vorgesetzten des Journalisten wird und ihm sagt, was er schreiben soll. Heute gibt es unmittelbar und jederzeit die Möglichkeit zu sehen: Welcher Text ist geklickt worden? Was denkt mein Leser darüber? Das geht so weit, dass der Leser den Journalisten korrigiert und sagt: „Sie schreiben, das war 1865, aber es war 1867." Der Leser bringt sein eigenes Wissen, seine eigene Intelligenz ein. Vor allen Dingen definiert er sehr genau, wovon er mehr und wovon er weniger haben möchte. Das ist eine enorme Freiheitserrungenschaft. Ob das dauerhaft die Lösung aller journalistischen Probleme darstellt, ist eine komplexere Frage, die ich an dieser Stelle nicht vertiefen möchte. Nur als Andeutung: Ich bin davon überzeugt, dass der Journalist, der nur das macht, was der Leser will, unattraktiv ist. Das ist wie in den antiautoritären Kindergärten der 60er-Jahre, wo eines Tages das Kind seine Kindergärtnerin gefragt hat: „Müssen wir heute schon wieder spielen, was wir wollen?" Man will nicht immer spielen, was man will. Und der Leser journalistischer Inhalte will auch nicht immer lesen, was er will. Der will ab und zu auch hören, was andere wichtig finden, und dabei auch ein wenig geführt werden.

Von der journalistischen Sichtweise möchte ich nun auf die politische Perspektive zu sprechen kommen und auf die Frage, welchen freiheitlichen Einfluss das Internet auf Politik und Gesellschaft ausübt.

Wir alle erinnern uns an die Freiheitsbewegungen der letzten Jahre, an antiautoritäre Gegenbewegungen wie etwa im Iran, wo in der digitalen Welt gegen manipulierte Wahlen aufbegehrt wurde. Aus Sicht der iranischen Machthaber entstand aus diesen Bewegungen, die letztlich niedergeschlagen wurden, eine echte Systemgefahr.

Erfolgreicher waren die Proteste beim Arabischen

Dr. Mathias Döpfner:

Netz der Freiheit? – Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert

Frühling. Unabhängig davon, wie man die darauf folgende politische Entwicklung beurteilt, bleibt festzuhalten, dass hier autoritäre, nichtdemokratische Machthaber durch Freiheitsbewegungen aus dem Amt gejagt wurden, die sich in der digitalen Welt organisiert hatten. Am Arabischen Frühling zeigt sich, welch befreiende Wirkung das Internet im politischen Raum haben kann. Und das insbesondere, weil es sich nur sehr schwer kontrollieren und zensieren lässt.

Allerdings – und hier wendet sich jetzt das Thema: Es gibt durchaus noch Möglichkeiten, das Internet zu kontrollieren, zu benutzen und zu missbrauchen – auch um genau das Gegenteil der arabischen Freiheitsbewegungen zu bewirken, das heißt, um sehr autoritäre antifreiheitliche Systeme zu stabilisieren.

Das beste Beispiel ist China: Der Kulturkampf, in den sich selbst amerikanische Außenminister schon eingeschaltet haben, ist der Kampf gegen die sogenannte „Great Firewall“. Es ist der Kampf der dezentralen antiautoritären Kräfte im Netz gegen das nichtdemokratische totalitäre politische System, das das Internet beschränkt und das – schlimmer noch – das Internet missbraucht, um seine eigenen Bürger zu bespitzeln, zu beobachten und zu kontrollieren.

Google hat versucht, in China zu operieren; es ging nicht. Sie sind dann nach Hongkong ausgewichen, weil dem Regime die unkontrollierbare Anarchie, die sich im Netz entfalten kann, unbequem war und weil man Google, Facebook und alle anderen großen Player immer wieder daran gehindert hat, sich in China genauso zu verhalten wie in anderen Ländern dieser Welt.

Schlimmer noch: Das chinesische System nutzt die technischen Möglichkeiten, um in geradezu absurder Weise Überwachungsperfektion zu erzeugen, von der selbst traditionsreiche Geheimdienste nur träumen kön-

nen. Die Perversion geht so weit, dass nicht nur anonymes Posten verboten ist, sondern dass der, der es trotzdem tut, technologisch durch Rückverfolgung ermittelt werden kann, so dass man sofort weiß, wer sich dem Verbot widersetzt hat.

Es sind perfide Methoden entwickelt worden, um dieses System zu perfektionieren. Bestes Beispiel ist, dass die Verantwortlichen von Telekommunikationsunternehmen in China persönlich haftbar dafür gemacht werden, dass keine staatsfeindlichen Inhalte in ihren Netzen transportiert werden. Auf Deutschland übertragen wäre das so, als mache man den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom gleichzeitig zum Chef des BND. Aber der Vergleich hinkt, weil all das in unseren demokratischen Strukturen so gar nicht denkbar, so gar nicht möglich ist.

In China ist es tatsächlich so, dass man auf diese Art und Weise den maximalen Anreiz schafft, dass sich die Verantwortlichen solcher Infrastrukturplayer zu Mittätern der Zensur und der spitzelartigen Überwachung machen. George Orwell's 1984 ist eine sehr harmlose Vision gegenüber dieser Perfektion, die in China herrscht. Jeder Geheimdienst kann nur davon träumen, das zu erreichen, was dort mittlerweile Realität ist.

Noch extremer ist es im Iran. Da gibt es die Idee, das Internet komplett zu verunmöglichen und nur eine Art staatsinternes Intranet zu etablieren, mit dem die Iraner unter sich und nach dem Gusto ihrer fanatischen Führer operieren können.

In den Händen der falschen autoritären Systeme und Menschen ist das Internet kein Freiheitsmotor, sondern wird zum Spitzelsystem, zum Überwachungssystem und zu einem Freiheitsbegrenzungsinstrument.

Das heißt allerdings nicht, dass das Internet nur in den Händen dieser autoritären nichtdemokratischen Po-

Dr. Mathias Döpfner:

Netz der Freiheit? – Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert

tentaten eine Gefahr für die Freiheit ist. Manchmal sind die größten Apologeten des Internets, die größten Befürworter der freien digitalen Welt, auch ernstzunehmende Feinde der Freiheit. Manche Philosophien der Netzgurus sind ähnlich beunruhigend wie das Handeln autoritärer Regime. Es gibt von Mark Zuckerberg diesen Satz, den ich selber während der Sun-Valley-Konferenz in Amerika vor drei Jahren von ihm wörtlich gehört habe. Auf die Frage angesprochen, wie er mit dem Thema Datenschutz, und Privatsphäre umgehe, guckte er ganz lässig in die Runde und sagte: „Ich verstehe das Thema nicht. Wer nichts zu verstecken hat, hat auch nichts zu befürchten." Das ist ein Satz, bei dem mir das Blut gefriert. Es ist ein Satz, den auch ein Stasi-Chef hätte sagen können. Es ist ein ganz schrecklicher Satz: „Wer nichts zu verstecken hat, hat auch nichts zu befürchten."

Mein Freiheitsrecht besteht nicht darin, mich zu rechtfertigen, ob ich etwas zu verstecken habe, sondern darin, bestimmte Privatsphären und Privaträume zu schützen, weil ich das so will. Und ich muss vor niemandem begründen, warum ich dies will oder jenes aus lauteren oder unlauteren Motiven tue. Das ist meine Privatangelegenheit. Wenn das nicht mehr möglich ist, weil man sagt: „Wer nichts zu verstecken hat, hat auch nichts zu befürchten", dann ist das die Legitimierung einer ultimativen Spitzelgesellschaft, in der jeder jeden beobachtet und in der auch Social Communities, wie Facebook und andere, missbraucht werden können.

Schließlich möchte ich noch ein weiteres freiheitsbeschränkendes, zumindest die Gedankenfreiheit begrenzendes Element des Internets ansprechen: Das Netz tendiert dazu, eine Art Vorurteilsverstärkungsmaschine oder Wissensverstärkungsmaschine zu sein.

Traditionelle, von professionellen Journalisten und Kuratoren zusammengestellte markengebundene Me-

dienangebote – egal ob im Fernsehen, im Internet oder auf Papier – haben die Eigenschaft, dass sie horizonterweiternd wirken. Warum? – Weil ich etwas lese oder sehe, von dem ich vorher noch gar nicht wusste, dass es mich interessieren könnte. Es hat mich vielleicht nie interessiert. Aber die Überschrift ist gut formuliert, und der Einstieg ist lustig, also lese ich weiter. Plötzlich habe ich eine ganze Zeitungsseite über ein Thema gelesen, von dem ich nie ahnte, dass es mich interessieren könnte. Ich bin aber danach unfassbar fasziniert von diesem Thema, interessiert an etwas Neuem und habe meinen Horizont erweitert. Ich habe also über den eigenen Tellerrand hinausgeguckt.

Das suchmaschinengetriebene Internet, also das offene, browsergetriebene Internet (und nicht Apps oder andere geschlossene Angebote) ist hingegen ein vertikales Medium. Das heißt, ich suche und finde dort das, von dem ich vorher schon wusste, dass es mich interessiert – da allerdings dann schneller als in jedem anderen Medium. Wenn ich also eine ganz präzise Information brauche, finde ich sie dort.

Das ist praktisch und hat in vielen Situationen Vorteile. Wenn es allerdings überhand nimmt, wenn ich nur noch das lese, was ich auch suche, dann besteht die Gefahr, dass das Internet zur erwähnten Vorurteilsverstärkung und Wissensbegrenzung beiträgt.

Eli Pariser, ein Internetphilosoph, hat ein Buch, mit dem Namen „Filter Bubble“, geschrieben, das dieses Phänomen gut beschreibt. Pariser stellte irgendwann fest, dass Facebooks Algorithmus die Links seiner Republikaner-Freunde komplett ausgeblendet hatte, auf die er, politisch eher links von der Mitte, offenbar seltener geklickt hatte als auf die seiner Demokraten-Freunde. Facebook hatte weder darüber informiert, noch um Erlaubnis gefragt. So wurde Pariser vom Demokrat zum

Dr. Mathias Döpfner:

Netz der Freiheit? – Chancen und Risiken der Neuen Medien im 21. Jahrhundert

Mikrodemokrat – und irgendwann zum dummen Demokraten, weil er gar nicht mehr mitbekommen hat, was der politische Gegner denkt.

Dieses Phänomen der Digitalisierung, dass man sein Wissen zwar vertieft, aber gleichzeitig verengt und damit vielleicht auch Vorurteile und Ressentiments verstärkt, ist nicht unbedingt freiheitsförderlich.

Was will ich Ihnen mit diesem kurzen Gang durch die freiheitsfördernden und freiheitsbegrenzenden Elemente des Internets sagen? Ich möchte Ihnen eigentlich nur vermitteln, dass es auf die eingangs gestellte Frage keine Antwort gibt. Denn das Internet ist nicht per se frei oder per se unfrei bzw. freiheitsbedrohend oder freiheitsgefährdend. Genauso wenig kann man sagen: Das Internet ist gut oder böse.

Viele Menschen haben Angst vor der Digitalisierung und entwickeln daraus negative Vorurteile. Sie sagen dann: „Der Journalismus wird schlechter durch das Netz; die Politik wird oberflächlicher durch das Netz. Es wird alles schneller, deswegen oberflächlicher." Andere sagen: „Es ist großartig. Endlich gibt es jetzt Demokratie und Freiheit für alle."

Ich glaube, das ist alles Unsinn, weil man dem Netz etwas zumisst, das ihm gar nicht zusteht, nämlich eine Persönlichkeit. Das Netz hat keine Persönlichkeit. Das Netz ist ein Instrument, eine technologische Möglichkeit, Dinge zu tun. Was wir aber damit tatsächlich tun, ist unsere ganz individuelle oder auch gesellschaftliche Angelegenheit. Wir definieren das. Sie können im Internet Kinderpornografie verbreiten, Sie können im Internet Kinderpornografie bekämpfen. Sie können im Internet Waffenbauanleitungen verbreiten und Terrorismus sowie das entsprechende fanatische Gedankengut befördern, und Sie können genau das im Internet aufklärerisch bekämpfen.

Wir müssen verstehen, dass das Internet ein komplett neutrales Kommunikationsinstrument ist, das allerdings durch die Möglichkeiten und auch durch die Ästhetik, die im Internet entstehen kann, tatsächlich eine absolut gesellschaftsverändernde Wirkung hat und haben wird. Wir wissen nur noch nicht, welche.

Auch in Zukunft wird es so sein, dass das Internet genauso frei oder unfrei, genauso freiheitsfördernd oder freiheitsbegrenzend ist wie die Menschen, die es benutzen. Es ist also unsere Verantwortung, was wir aus diesem Netz machen. Darauf sollten wir uns besinnen. Wenn wir dann in uns hineinhorchen, kann jeder selbst entscheiden, ob das eine Sache ist, wovor er Angst haben muss, oder eher etwas ist, worauf er sich freuen kann, weil man damit ganz Großartiges machen kann.

Mit diesen Gedanken möchte ich es bewenden lassen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Auszug aus der Rede von Dr. Mathias Döpfner am 25. Oktober 2012 im Rahmen einer Vortragsveranstaltung der Bonner Akademie.

Prof. Dr. Hartmut Ihne, geb. 1956, ist Präsident der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Vom Internet, seiner Verfassung, der Netzgesellschaft und ihrem Gesellschaftsvertrag

Entgrenzung der Geographie

Es scheint, als hätte das Internet die Geographie aufgehoben. Zumindest die kommunikativen Grenzen der Geographie. Diese Grenzen waren (und sind es eigentlich noch) in erster Linie physikalischer und politischer Natur.

Die Gesetze der Physik des Körpers im Raum bestimmte früher das Reisen zu Fuß, zu Pferde, im Auto, per Flugzeug. Heute reist man digital, zum Beispiel per Browser, Videokonferenz, im Chatroom, auf Facebook. Nicht nur Kosten und Bequemlichkeit, sondern auch Zeitersparnisse sind es, die immer mehr Unternehmen und Institutionen veranlassen, sich weltweit kompatible Videokonferenztechnologien installieren zu lassen. Solange das Ergebnis stimmt, reicht es, mit dem Gegenüber digital zu kommunizieren. Nicht, dass man grundsätzlich Zeit, nämlich Lebenszeit einspart, man verkleinert nur ihren Verbrauch durch Vermeidung von Reisen, um den frei gewordenen Zeitraum mit neuen Aktivitäten zu füllen. Die Digitalisierung schenkt uns nicht mehr Zeit, sondern sie ermöglicht uns, mehr zu verbrauchen. Das klingt paradox.

Der provozierende und irritierende ästhetische Futurismus eines Marinetti verherrlichte schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Technologie der Maschinenwelt als ein Element der Ermöglichung eines eigentlichen Lebens mit mehr Eigenzeit. Technik schafft Raum für vitale Kraft und Gestaltung, auch durch Gewalt. Seit

den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts analysiert der französische Philosoph und Architekt Paul Virilio das Beschleunigungspotenzial und die faktisch zunehmende Beschleunigung der alltäglichen Prozesswirklichkeiten durch neue Technologien in Produktion, Transport und Medien. Er sieht eine Art „Dialektik der Aufklärung“ durch Technologie am Werk. Die Beschleunigung der Prozesse stellt nämlich den Menschen auf die Probe und beginnt sich in das Gegenteil der Versprechungen zu verkehren. Die Technik droht, trotz der mit ihr verbundenen Erleichterungsversprechen und des in Aussicht gestellten glücklichen Lebens, in denen Automaten und Roboter für das Lebensnotwendige sorgen, eine neue Form von Zwang aufzubauen. Das gilt aus seiner Sicht vor allem für die neuen Medientechnologien, die mit rasanter Geschwindigkeit Welten in den Köpfen der Menschen erzeugen und verändern. Irgendwann, glaubt Virilio zerbricht der Mensch an diesem Zwang, den Medien und ihren Bildern zu folgen, da sie mit immer größerer Geschwindigkeit folgen und Weltbilder wandeln. Der Mensch kann aufgrund seiner psycho-physischen und mentalen Anlagen nicht mehr folgen. Damit kehrt sich die in der antiken Philosophie des Abendlandes grundgelegte Suche nach Glück und Wellness (eudaimonia) um. Das Servicesystem Technik übernimmt die Führung. Die These lautet: Es gibt einen Zwang der Unterwerfung unter die Gesetze der Maschinen, wenn Du willst, dass dir die Maschinen dienen. In dem Film „The Matrix“ führt dieser Zwang der Unterwerfung bis zur Unkenntlichkeit des Menschen als einer Art Akku für das Betreiben der großen Illusionsmaschine, zu der sich die Maschinen zusammengeschlossen haben. Der Akt der Befreiung aus diesem Höhlengefängnis ist geradezu platonisch ernüchternd. Die Welt, in der der Mensch über die Technik herrscht, ist karg aber lebensvoll. In ihr gelten die Geset-

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Vom Internet, seiner Verfassung, der Netzgesellschaft und ihrem Gesellschaftsvertrag

ze von Physik, Biologie und Moral. Die Illusionswelt des Batteriewesens ist bunt aber tot. In ihr gelten die Gesetze der Programmiersprachen und der digitalen Inszenierung. Welche Philosophie man wähle, hänge davon ab, „was für ein Mensch man sei“, schrieb 1797/98 der Philosoph Johann Gottlieb Fichte in seinem „Versuch einer neuen Darstellung der Wissenschaftslehre“ (eine, die den Menschen von der Idee her, also Idealismus, oder eine, die den Menschen von der Realität her, also Realismus, denkt). In „The Matrix“ ist es die blaue oder rote Pille. Die radikalste Technikkritik hat Martin Heidegger in den 1950er Jahren formuliert: Die Technik ist von ihrem Wesen als naturgesetzliches Artefakt her inkompatibel mit dem im Zeitlichen und Sinnlichen verhafteten und auf Deutung angewiesenen Menschen. Das Wesen der Technik als Ausdruck der Natur verunmögliche es dem Menschen per se, die Technik zu beherrschen. Die Technik beherrscht immer schon ihn.

Das Internet steht in der verlängerten Tradition des Eudaimonia-Versprechens des klassischen europäischen Denkens. Die medialen Diskussionen heute über Beschleunigung und Entschleunigung, Burn-out und Auszeit beziehen sich alle in der ein oder anderen Form auf die schönen, das Leben erleichternden Kommunikationsmaschinen im Taschenformat. Deren Besitzerzahl wächst rapide. In der Zwischenzeit schlägt das Smartphone schon den Computer, wenn es um Steigerung von Marktanteilen geht.

Mit der Aufhebung der Grenzen der Geographie im Internet, haben die Menschen auch die politischen Grenzen der Staaten überwunden. Zwar versuchen Regierungen unfreier Länder immer wieder, technische Grenzen zum Schutz ihrer Dominanz in den politischen Territorien einzuziehen und die durch die Entgrenzung des Internets möglich gewordene Freiheit der Kommu-

nikation und Aktion zu unterdrücken. Noch besitzt die Dezentralität der Netzarchitektur Freiräume, um diese Filter und Barrieren zu überwinden. Länder wie China aber verfeinern die Maschen der netzpolitischen Zäune. Es ist deshalb unerlässlich, dass die bereits auf den World Summits on Information Society in 2003 und 2005 erhobene Forderung nach freiem Zugang zum Internet und einer freien Kommunikation in Verbindung mit dem Menschenrecht auf Information und Kommunikation, aber auch anderen Menschenrechten wie etwa dem auf Versammlung, von der Weltgemeinschaft deutlicher verteidigt wird. Das Internet bietet zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit den Ausblick auf eine Kommunikationstopographie, die es im Prinzip allen ermöglicht, mit allen in Kontakt zu treten. Darin steckt ein friedenstiftendes Potenzial, dessen Bedeutung offenbar von der Politik nur in Teilen erkannt wird.

Das Bedürfnis nach Vernetzung

Man reist fast überall digital. Zumindest per Handy, aber auch im Internet. Vor allem auch da, wo es unsere Vorurteile nicht erwarten lassen. Das gilt etwa für die ärmsten Länder der Welt. Wer heute zum Beispiel nach Subsahara-Afrika oder in andere Länder des Südens reist, stellt mit Erstaunen fest, dass moderne Informations- und Kommunikationstechnologien selbst in Slums Einzug gehalten haben. Die Prepaidkarte und das phone banking sind Inventionen aus Afrika. Der Mangel an Bankkonten für die einfache Bevölkerung in Subsahara-Afrika hat zur Erfindung dieser Innovationen geführt. Mir ist noch ein Gespräch mit jungen Menschen in einem Ort mitten im Bergurwald in Erinnerung, der eine Dreitagesreise zu Fuß von Papua Neuguineas Hauptstadt Port Moresby entfernt liegt – ohne Straße, ohne Elektrizität, ohne fließendes Wasser. Verblüffend war: Die jungen

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Vom Internet, seiner Verfassung, der Netzgesellschaft und ihrem Gesellschaftsvertrag

Dorfbewohner konnten sich gut vorstellen, einen Computer zu verwenden, betrieben mit einem Solarpanel, um ihre Kaffeeproduktion optimaler zu verkaufen, aber auch, um herauszufinden, was woanders passiert, was andere erfinden, denken und tun. Sie wollten in der Welt des Fortschritts sein. Die Alten hingegen konnten damit wenig anfangen. Ihr Kommunikationscode bezog sich auf die sichtbare und begehbare Welt. Ein Computer gehörte nicht zu ihrer Welt.

Das sprunghafte weltweite Sich-Durchsetzen der digitalen Kommunikationstechnologien lässt den Rückschluss zu, dass sie ein ursprüngliches Bedürfnis der Menschen an Gespräch und Vernetzung treffen. Alle bedeutsamen Philosophien der Menschheit stellen die Sprache und das Denken in den Mittelpunkt ihrer Anthropologien. Der Mensch ist ein zoon logon echon, ein Lebewesen, das Sprache und Geist hat, das erkannte schon vor über 2300 Jahren der griechische Philosoph Aristoteles. Die europäischen und europäisch beeinflussten Denkströmungen sind dieser Bestimmung des Menschen seitdem gefolgt.

Die großen Erfindung und ihre ontologische Verfassung

Das Internet ist die größte Invention und Innovation unserer Zeit, vielleicht sogar aller Zeiten. Seinen Erfolg macht vermutlich aus, dass es in einer Weise Kommunikation ermöglicht, die alle bis dato bekannten Grenzen von Kultur, Politik, Geographie oder Herkunft sprengt. (Selbst die Grenzen der Sprache werden im Internet der Symbole aufgehoben.) Entstanden ist ein geographiefreier Raum von eigener Qualität, ein Nicht-Ort, überall und nirgends. Er arbeitet mit Lichtgeschwindigkeit und den Kausalitäten der Elementarteilchenphysik. Gesteuert wird er von den Gesetzen der Mathematik und der

Logik. Er hat eine eigene ontologische Qualität, sein Wesen ist Kommunikation. Der Kommunizierende ist im Prinzip überall. Ein global brain entwickelt sich. Wir sind auf dem Weg, das Netz noch mehr auszuweiten. Das Internet der Dinge zeigt, dass im Prinzip mit allem kommuniziert werden kann, mit Autos, Kühlschränken, Fabriken etc. Alles bekommt den Anschein, ein Subjekt, also ein Gesprächspartner sein zu können. Aber das ist auch das Erschreckende: Im digitalen Netz lässt sich nicht mehr feststellen, ob mit einem Subjekt, das rechtsfähig, vernünftig und frei ist, oder mit einem Objekt, das nicht mehr als ein mathematisches Programm ist, das sein digitales Programmsprachspiel spielt, „kommuniziert“ wird. Apples „Siri“ ist ein misslungener Anfang, aber eben auch ein Anfang für rechnerbasierte, hochkomplexe Kommunikation. Der algorithmengesteuerte Hochgeschwindigkeitshandel zum Beispiel ist zwar nur ein Tool, aber er trifft „Entscheidungen“, die deren Folgen rechtswirksam sind (sonst wären die Börsengewinne nicht rechtmäßig erworben worden). Expertensysteme agieren in einigen Bereichen, etwa der militärischen Sicherheit, bereits als Entscheider. Sie sind zu Quasi-Subjekten geworden. Das verändert die Wirklichkeit radikal.

Das verschleierte Netz und seine Bewohner

Überhaupt weiß kein Standarduser, und das ist die Mehrheit, wer im Internet mit wem eigentlich kommuniziert oder diese Kommunikation beobachtet. Es ist eine Art rezenter Bühne für Inszenierungen. Nicht alle Inszenierungen sind durchschaubar. Das Internet ist in seiner interaktiven Dimension, also 2.0., wesentlich noch ein Raum des Anonymen. Hier „treffen“ sich die Geheimdienste und Staatsfeinde, Käufer und Verkäufer, Sucher und Gesuchten, ohne dass klar ist, wer von wem weiß und was wer von wem will, und wo unklar bleibt, wer

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Vom Internet, seiner Verfassung, der Netzgesellschaft und ihrem Gesellschaftsvertrag

die Zuschauer der Netzinszenierungen eigentlich sind. Wir stehen am Anfang einer globalen Netzgesellschaft, die sich noch in einer Art Embryonalzustand befindet, in dem noch nicht entschieden ist, was sicher und unsicher, was gut und böse ist. Deswegen wird noch heftig über Grundregeln gestritten, z.B. ob Zwang zu Klarnamen oder ein Recht auf Anonymität herrschen oder wie neutral das Internet angesichts der Macht von Suchmaschinen sein soll.

Entstanden ist das Netz aus der inventiv-kognitiven Anarchie der scientific community. In dem Maße, in dem sich Wissenschaft internationalisiert und zuletzt globalisiert hat, brauchte es einen gemeinsamen Kommunikationskanal, der viele an einen Tisch bringt, schnell, ohne lange peer-review-Prozesse oder umständliche Konferenzreisen. Tim Berners-Lees Idee des World Wide Web, die ja mit dem Ende des Kalten Krieges zusammenfiel, war ein Kind der Förderung wissenschaftlicher Invention durch einfache und schnelle Kommunikation. Der der Wissenschaft sehr inhärente Gedanke der individuellen Anarchie, also eines ursprünglich poietischen, d.h. gestaltungsautonomen Freiraums der Forscher, um das Netz für die Freiheit der Erkenntnis und ihrer Anwendung zu nutzen, durchzieht heute die Debatten über Struktur und Ausgestaltung des Netzes.

Es lassen sich in der gegenwärtigen Netzgesellschaft grob drei Netznutzertypen unterscheiden: die Netzanarchisten, die Netzpragmatisten und die Netzhedonisten. Diese Typen lassen sich jeweils von den Zielen her, die sie mit dem Internet verbinden, ableiten. Der Netzanarchist verknüpft die Netznutzung mit der totalen Freiheit von jeder Regel, die sich ihm nicht erschließt, und er kämpft erbittert gegen jeden Regelzwang. Der Netzpragmatist sieht im Netz die Möglichkeit seiner Nutzbarmachung für die Optimierung von Prozessen

unterschiedlichster Art, wie z.B. den Handel. Der Netzhedonist betrachtet das Netz als eine Form des Lustgewinns, der Verwirklichung von Wünschen und Träumen. Neben diesen gibt es außerhalb der Netzgesellschaft noch die Netzaversen und die Netzfernen. Die Netzaversen halten das Internet für überflüssig oder lehnen es aus weltanschaulichen Gründen ab. Die Netzfernen sind ihm einfach nicht nah, vielleicht können sie sich den Zugang nicht leisten oder aus welchen Gründen auch immer.

Die Diskussion um den „digital divide“ in den 1990er Jahren hat vor allem auf die sozialen Ursachen dieses Grabens hingewiesen, insbesondere zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Allerdings gibt es auch generationenbezogene Ursachen. Heute spricht man längst von einem doppelten digitalen Graben (jüngst die Blogger Beckedahl und Lüke in ihrem Buch „Die digitale Gesellschaft“). Dieser zieht sich durch die Netzgesellschaft selber: Die einen konsumieren das Netz, sind passiv und befinden sich im Laienmodus , die anderen gestalten es, sind aktiv und arbeiten im Expertenmodus. Feststellen lässt sich, dass alle Netztypen mit unterschiedlichen Lebensphilosophien verbindbar sind. Auch lassen sich die Typen nur analytisch definieren, faktisch sind die Grenzen wohl eher fließend. Der Netzanarchist kann durchaus politische Ziele verfolgen, was er mit dem Typus des Netzpragmatisten möglicherweise gemein hat.

Enlightenment 2.0: der Netzgesellschaftsvertrag

Die heutigen Diskussionen um die Zukunft des Netzes, seine Struktur, seine Regeln, seine Freiräume, kann man als den Beginn eines Diskurses über einen Netzgesellschaftsvertrag betrachten. Die verschiedenen Maßnahmen der Gesetzgeber weltweit, den Zugang und den Gebrauch des Internets rechtlich zu regulieren, müssen

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Vom Internet, seiner Verfassung, der Netzgesellschaft und ihrem Gesellschaftsvertrag

auf einen rechtsphilosophisch sauberen Boden gestellt werden. Durch rechtliche Regulierungen des Netzes dürfen weder die allgemein anerkannten Menschen- und Grundrechte verletzt (z.B. Informationsfreiheitsrecht, digitale Versammlungsrechte), noch durch Unterlassung von Regulierung Menschen- und Grundrechte in Frage gestellt werden. Die Idee eines ursprünglichen Rechtes auf alles im Netz ist ebenso wenig verträglich mit einer gelingenden (digitalen) Gesellschaft (als Netzgesellschaft und vernetzte Gesellschaft) wie die Idee eines ursprünglichen Rechtes auf alles in den Urgesellschaften der Gesellschaftsvertragstheorien der Aufklärungsphilosophien. Mobbing, Denunziation, Spionage, Unterdrückung sind im Netz ebenso wenig akzeptabel, wie in der demokratischen Gesellschaft. Sie zeugen nicht nur von schlechtem Stil, sondern sind im Kern gegen die fundamentalsten Rechte von Individuen und Gesellschaften gerichtet.

Die Netzgesellschaft wird in den kommenden Jahren in einer Kurzform die Geschichte der gesellschaftlichen Aufklärung und Demokratisierung nachholend durchlaufen müssen, eine Art enlightenment 2.0. Das ist fundamentaler und weitgehender als ein partikulärer Prozess wie liquid democracy. Dieser Prozess wird dazu führen, dass falsche Mythen des Netzes entlarvt und abgebaut, dass die geheimen und selbsternannten Führer erkannt und entmachtet und das Netz demokratisiert wird. Das heißt, dass es ein Forum und Tool für alle und von allen wird, von dem niemand aufgrund seiner sozialen Herkunft, seiner Rasse, seines Geschlechtes, seines Alters und Gesundheit, seiner Kultur, seiner Religion und politischen Weltanschauung ausgeschlossen wird und das jeder aktiv nutzen darf. Und wenn es dann auch noch gelingt, es zu einem Instrument auszubauen, das den Menschen dabei hilft, die Geißeln der Armut und der

Ungerechtigkeit, des Kriegs und der Verfolgung, der Bedrohung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu bekämpfen, dann wäre dies ein Netz der Freiheit.

Bodo Hombach,
geb. 1952, ist Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).

Von Gutenberg zum Internet

Ein Freund mahnte Rabbi Akiba zur Vorsicht, denn dieser studierte die Tora, obwohl die Römer das bei Todesstrafe verboten hatten. Wenig später wurden beide verhaftet. Da schickte der Freund dem Rabbi die folgende Botschaft: „Du hast Glück, und ich beneide dich. Dich hat man eingesperrt, weil du die Tora gelesen hast, mich aus irgendeinem Grund, den ich nicht einmal kenne."

Ein kleiner Rabbi nimmt sich das Recht, in einem Buch zu lesen, unter Missachtung der gesamten römischen Staatsmacht. Der bleibt nur die Möglichkeit, ihn einzusperren und – wie man weiß – grausam umzubringen.

2000 Jahre später. 1962 schreibt der junge Jürgen Habermas seine Habilitationsarbeit über „Strukturen der Öffentlichkeit". Diese sei kein gegebener Raum, den man nur füllen müsse. Sie entstehe erst dadurch, dass die private Meinung des Bürgers durch Publizität nach außen getragen wird und sich so in ein Gegenüber zur Obrigkeit setzt.

Historisch erkenne ich dreierlei Öffentlichkeit. Obgleich nacheinander entstanden, bleiben sie – wie fast alle Entdeckungen der Evolution – nebeneinander bestehen.

Die 1. Öffentlichkeit

ist diejenige der Straßen und Plätze, der Schulen, Gemeinden und Vereine. Sie entsteht, wenn man das Haus verlässt. Man bewegt sich gemessenen Schrittes und im Ausgeh-Anzug. Man blickt in die Schaufenster. Man begegnet und kennt sich. Man repräsentiert sich selbst vor einem überschaubaren Publikum. Man achtet auf Contenance.

In unruhigen Zeiten kommt es zu Auflauf und Aufstand. Der öffentliche Raum bleibt jedoch begrenzt, und

er ist sehr verletzlich. Die Macht der Bajonette kann ihn enorm verkleinern.

Die 2. Öffentlichkeit

entsteht durch die klassischen Medien. Sie öffnen ein Fenster in die Welt. Sie fixieren und verbreiten Erkenntnisse, Meinungen, Gerüchte. Sie verstärken enorm die Wirkung von Ereignissen.

1517 nimmt sich der Augustinermönch Martin Luther das Recht, die Wittenberger Akademiker, den Erzbischof von Mainz, seinen sächsischen Landesherrn und den Papst mit 95 Thesen herauszufordern. Diese hat eigentlich nichts zu befürchten. Ein paar Thesen im akademischen Milieu, ein unbekannter Mönch, der aus dem Ruder läuft, – dafür hat man erprobte Gegenmittel.

Seit kurzem gibt es aber auch Papiermühlen und die Erfindung des Johannes Gensfleisch Gutenberg. Freunde Luthers drucken die Thesen. Binnen vierzehn Tagen verbreiten sie sich im ganzen Reich.

Ohne das neue Medium bliebe Luthers Aufschrei eine Episode der Wittenberger Stadtgeschichte. Die beweglichen Lettern und das Papier machen daraus die Reformation. Jetzt finden zahlreiche Einzelströmungen in ganz Europa zu einer mächtigen Bewegung zusammen. Gedruckte Bücher sind das neue Forum für Wort und Widerwort, für Traktat und Polemik. Die Geschichte der Zivilisation tut einen mächtigen Sprung.

In Victor Hugos Roman „Notre Dame“ steht ein merkwürdiges Kapitel, das völlig aus dem Rahmen fällt. Der Dichter befasst sich essayistisch mit den Folgen des neuen Mediums.

Bis ins 15. und 16. Jahrhundert, so der Autor, war die Baukunst das große Buch der Menschheit. In den Kathedralen brachte Europa sein Wissen, seine Erinnerungen und seine Visionen zum Ausdruck. Jeder Stein,

jedes Kapitell, jeder Pfeiler hatte eine Botschaft.

Hugo: „In jeder menschlichen Gesellschaft tritt jedoch ein Augenblick ein, wo sich die alten Symbole der Macht abnützen und durch den freien Gedanken verwischt werden. Ein neuer Zeitpunkt der Geschichte entwickelt sich. Die Macht wird erschüttert, die Einheit zersplittert. Im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert ändert sich alles. Der menschliche Geist entdeckt ein Mittel, sich nicht nur dauerhafter als die Architektur, sondern auch einfacher und leichter zu verewigen. In gedruckter Form ist der menschliche Gedanke unvergänglicher denn je; er hat Flügel, keine Macht vermag ihn zu greifen und zu vernichten. Er fliegt mit der Luft des Himmels dahin. Als Architektur machte er sich zum Berge und setzte sich mächtig fest an einem Orte und in einem Jahrhundert. Jetzt ist er ein Vogel mit tausendfältigem Gefieder, nach allen Winden fliegend, alle Teile der Luft und des Raums zugleich einnehmend."

In der Gegenwart ist plötzlich viel mehr Zukunft als Vergangenheit. Die Menschen werden sich ihrer Individualität immer deutlicher bewusst und vernetzen sich in immer größeren Gruppen und Räumen.

Auf Shakespeares Bühne tummeln sich noch Trolle und Geister, aber seine Protagonisten sind moderne Menschen im Gewand von Macbeth, Romeo und Julia, Hamlet.

Kepler, Galilei, Descartes, Pascal nutzen das neue Medium für ihre Entdeckungen. Sie schaffen eine Öffentlichkeit, in der sich die Wissenschaft bis heute bewegt.

In den Kontoren der Medici und Fugger stapelt sich Geld. Bei Bedarf kann man sich dafür einen Kaiser oder Papst kaufen. Warum also sollte man sich von ihnen noch vorschreiben lassen, was man denken darf? Die wirtschaftliche Ermächtigung des Bürgertums und der Bedeutungsschwund des Adels in den Söldnerkriegen verstärken den Trend.

Die Gesellschaft nimmt zu an Tempo und Komplexität. Das Bedürfnis nach Teilhabe wird unabweisbar. Es entstehen neue Orte der Öffentlichkeit: Kaffeehäuser, Salons, Tischgesellschaften, wo sich das Publikum zunehmend frei mit politischen Themen befasst.

Mit der Französischen Revolution wird „Öffentlichkeit“ als der kommunikative Raum zwischen bürgerlicher Privatsphäre und Regierung zum Strukturprinzip des modernen Verfassungsstaates.

Das große Konzept der Aufklärung ist jedoch nicht die Ablösung der alten Herrschaft durch eine neue. Herrschaft soll sich überhaupt durch Wissen in „Vernünftigkeit verwandeln. „Öffentliche Meinung will“, so Habermas, „ihrer eigenen Intention nach, weder Gewaltenschranke noch selber Gewalt, noch gar Quelle aller Gewalten sein. In ihrem Medium soll sich vielmehr der Charakter der vollziehenden Gewalt, also Herrschaft selbst, verändern. Die Herrschaft der Öffentlichkeit ist ihrer eigenen Idee zufolge eine Ordnung, in der sich Herrschaft überhaupt auflöst.“ (Strukturen der Öffentlichkeit)

Die Wirklichkeit sieht oft anders aus. Die Presse kann ihren kritischen Beitrag verweigern. Das Parlament kann zum Ort leerer Akklamation für die Regierungsmehrheit werden. Sensations- und Unterhaltungslust können wichtige Themen verdrängen.

Stichwort Finanz- und Wirtschaftskrise. Die beiden Lenkungsmechanismen der Industriegesellschaft Markt und Staat reduzieren den öffentlichen Raum durch die Selbstermächtigung des Marktes und die Selbstentmachtung der Parlamente. Das Projekt „Europa“ reduziert sich plötzlich auf die Euro-Zone. Nationale Ressentiments heben wieder den Kopf.

Anders der Energiewandel. Der Paradigmenwechsel von der unbedachten Vergeudung kostbarer Ressourcen zur Nachhaltigkeit im geschlossenen „System

Erde“ weitet den öffentlichen Raum durch Selbstkontrolle. Man sieht es u.a. an der explosiven Entfesselung kleiner und großer Ideen und Erfindungen.

Medien steigern die Komplexität der öffentlichen Wahrnehmung. Sie reduzieren sie zugleich, indem sie Orientierung bieten. Sie ermöglichen Teilhabe und Kontrolle der Macht. Kein Gesetz oder „Ehrenwort“ ist so wirksam wie die Frage: „Was ist, wenn es rauskommt?“

In der 2. Öffentlichkeit lockern sich die Umgangsformen. Der Fernsehkonsument kann im Unterhemd und mit der Bierflasche in der Hand der Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten beiwohnen.

Die 3. Öffentlichkeit

entsteht im Internet. Dessen unveränderliches Kennzeichen heißt „Entgrenzung“:

- Weiteste Entfernungen werden zur unmittelbaren Nachbarschaft.
- Der zeitliche Abstand zwischen Ereignis und Wahrnehmung schrumpft gegen Null.
- Herrschaftswissen ist nur noch Illusion.
- Ungleichzeitige Kulturen prallen ungeschützt aufeinander.
- Menschenmassen ballen und organisieren sich auf Zuruf zu mächtigen Bewegungen.
- Unbegrenzte Speichertechnik annulliert die menschlichste unserer Eigenschaften: das Vergessen.

Das Internet bekämpft nicht, es ignoriert Standards, Traditionen und Tabus. Der Netzbürger betritt nicht die Welt da draußen. Diese betritt seine Privatheit, seinen Alltag und sein Verhalten. Er tippt sein Kennwort und bildet sich ein, selber unsichtbar, alle anderen durch den Sehschlitz seiner virtuellen Burka betrachten zu können. Privatsphäre und öffentlicher Raum fließen „gefühlt“ ineinander. Jede Lebensäußerung ist sofort auf Sendung, weltweit und für

immer. Vermeintlich intime Einträge der Facebook-Szene sind Allgemeinbesitz. Jeder ist Schausteller seiner selbst und hält das für ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal. Zugleich beobachten ihn unbekannte Interessenten, um seine Eigenschaften für ihre Zwecke auszuwerten. Die neue Öffentlichkeit mutiert zu einer ganz neuen Anonymität. Das wirft zahlreiche Fragen auf:

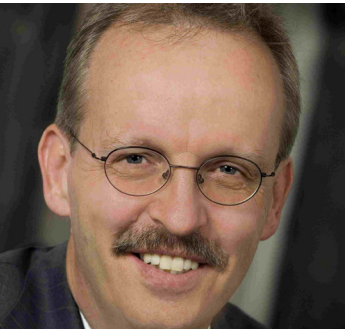
Erzeugt das Übermaß an virtueller Gegenwart eine „geschichtliche Demenz", der wichtige Erfahrungen abhandenkommen? Haben Diktatoren hier einen neuen „Volksempfänger" für Manipulation und Ausforschung? Schlägt Quantität wirklich um in Qualität? Erhöht sich kategorisiertes Wissen, wenn wir in riesigen Datenmengen stöbern?

Die Neuen Medien haben den Charme einer Naturgewalt. Sie sind das Werkzeug der unbegrenzten Möglichkeiten. Sie liegen aber auch in der Hand eines Lebewesens mit begrenzten Unmöglichkeiten. Schickt man einen Dummkopf auf Weltreise, so wird er als braungebrannter Dummkopf zurückkehren.

Wir erleben die erregenden Signale eines neuen Werkzeugs, das uns ohne Gebrauchsanweisung geliefert wurde. Wir erleben die Begleiterscheinungen eines zivilisatorischen Umbruchs, der sich seine eigenen Regeln macht.

Öffentlichkeit, so lehrte uns Jürgen Habermas, entsteht erst dann, wenn die private Meinung des Bürgers Publizität riskiert und sich so in ein Gegenüber zur Herrschaft setzt. Dann braucht auch die neue und alles beherrschende Öffentlichkeit des Internets ein kritisches Gegenüber.

Die nötige Debatte wurde lange verweigert. Inzwischen ist sie angestoßen und nimmt Fahrt auf. Vielleicht entsteht eine ganz neuartige globale Verständigungsgemeinschaft. Es wäre nicht die erste Utopie, an der zu arbeiten sich lohnt.



Martin Stadelmaier, geb. 1958, ist seit 2003 Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und koordiniert in diesem Amt die Medienpolitik der Länder.

Bürgerpartizipation am Beispiel von Beteiligungsverfahren im Internet

Bürgerbeteiligung nimmt in der politischen Diskussion einen immer stärkeren Raum ein. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Menschen verstärkt an wichtigen und sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden wollen und müssen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung nimmt in diesem Bereich bereits seit Jahren eine Vorreiterrolle ein. So sind in den neunziger Jahren die Direktwahl, z.B. der Landräte, eingeführt worden, Ausländerbeiräte oder auch vor einigen Jahren die Absenkung der Quoren für kommunale Bürgerbegehren bzw. -entscheide. Von großer Bedeutung für Bürgerpartizipation ist eine Besonderheit der rheinland-pfälzischen Kommunalstruktur, nämlich die Existenz von 2258 Ortsgemeinden[1]. Es ist ein Grundsatz rheinland-pfälzischer Politik, Bürgerinnen und Bürger vermehrt bei großen Vorhaben einzubeziehen. Bestes Beispiel dafür ist das mehrstufige Verfahren zur Kommunal- und Verwaltungsreform. Auch die drei Bürgerforen, die die Gründung und Weiterentwicklung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein aktiv begleiten und die von Rheinland-Pfalz initiiert wurden, sind hier zu nennen. Erstmals fand ein grenzüberschreitendes Beteiligungsverfahren in diesem Umfang statt.

Im November 2011 hat sich beim rheinland-pfälzischen Landtag eine Enquete-Kommission zum Thema „Mehr Bürgerbeteiligung für eine aktive Demokratie“ gegründet. Die Landesregierung berichtet der Enquete-Kommission regelmäßig über die Maßnahmen, die sie zu

1 (Stand: Dezember 2011).

den unterschiedlichen Themen im Bereich Bürgerbeteiligung bereits ergriffen hat. Zeitgleich werden erste Empfehlungen umgesetzt.

Im Zusammenhang mit den Arbeiten der Enquete-Kommission beschäftigen wir uns auch sehr intensiv mit der Frage der Beteiligungsgerechtigkeit in der digitalen Gesellschaft. Wie kann ich sicher stellen, dass alle Betroffenen Zugang zu einem Beteiligungsverfahren haben? Wie definiere ich Betroffenheit? Über einen geographischen Perimeter, über die finanziellen Auswirkungen oder über andere Kriterien? Mit welchen Medien erreiche ich ein Höchstmaß an Information und Transparenz? Welche Verfahren wähle ich im Hinblick auf die jeweilige Zielgruppe? Wie stelle ich einen in jeder Hinsicht barrierefreien Zugang zum Verfahren sicher? Und nicht zuletzt die ganz besonders wichtige Frage: Wie erreiche ich alle Bevölkerungsgruppen, unabhängig von Bildungsstand, Alter, Mobilitätsgrad, Geschlecht oder Herkunft?

Aber auch die zum Umkehrschluss gehörenden Fragen sind zu beantworten. Wie stelle ich sicher, dass wirklich nur die Betroffenen an einem Verfahren teilnehmen. Wie gehe ich mit der Frage der Anonymität um? Wie verhindere ich, dass bei einem anonymen Verfahren gut organisierte Lobbygruppen einen massiven und im extremen Fall auch verfälschenden Einfluss auf das Ergebnis des Verfahrens nehmen? Welche Rolle spielt die Repräsentativität?

Beim Versuch, Antworten auf diese Fragen zu finden und Beteiligungsverfahren gerechter zu gestalten und ihnen damit eine größtmögliche Legitimität zu verleihen, spielen die neuen Medien eine zunehmend wichtige Rolle.

Auf den ersten Blick scheint ein Beteiligungsverfahren, das online durchgeführt wird, viele Hindernisse abzubauen und die Hemmschwellen sehr niedrig anzu-

Martin Stadelmaier

Bürgerpartizipation am Beispiel von Beteiligungsverfahren im Internet

setzen. Die Bürgerinnen und Bürger können zu einem von ihnen mehr oder weniger frei gewählten Zeitpunkt und an einem beliebigen Ort am Verfahren teilnehmen. Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Menschen mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, Berufstätige – für sie alle ist der Zugang zum Verfahren damit deutlich einfacher. Wichtig scheint mir aber auch, dass die Online-Beteiligung eine ganz andere Hemmschwelle abbaut. Nicht jeder ist willens oder fühlt sich in der Lage, bei mehr oder weniger öffentlichen Veranstaltungen das Wort zu ergreifen. Je anonymer ein Beteiligungsverfahren durchgeführt wird, desto größer ist die Chance, dass auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger Position ergreifen, die es in einem nicht-anonymen Verfahren niemals täten. Andererseits besteht aber auch die Gefahr, dass damit der Charakter der Verbindlichkeit der politischen Aktivität geschwächt wird. Das Internet und die digitale Teilhabe können die langfristig gewachsenen demokratischen Strukturen nicht ersetzen.

Die Frage nach der Zugangsgerechtigkeit betrifft in erster Linie den technischen Bereich. Zum einen muss sicher gestellt sein, dass alle, die vom Verfahren betroffen sind, die technischen Zugangsmöglichkeiten haben, d. h. über einen ausreichenden und zuverlässigen Internet-Anschluss verfügen. Das soziale Netz verschafft immer mehr Menschen die Möglichkeit der politischen Teilhabe. Der „digital divide“ der Generationen scheint sich immer mehr zu schließen, die steigende Nutzung in allen demographischen Gruppen belegt das. Die soziale Spaltung spielt sich aber zunehmend in den Zugangsmöglichkeiten ab und wirft somit die Frage auf, wer sich den Zugang zum Netz in welcher Form überhaupt leisten kann.

Zum anderen ist der gesamte Bereich der Verlässlichkeit des Verfahrens zu bedenken. Es muss sicher

gestellt sein, dass die Daten sowohl vor technischen Pannen als auch vor Hackerangriffen geschützt sind. Neben diesen Fragen der Zugangsgerechtigkeit gibt es weitere Punkte, die es zu bedenken gilt: Wie gehen wir mit technischen Problemen um, mit denen sich zum Beispiel die selbst ernannten Vorreiter der digitalen Bürgerbeteiligung, die Piraten, im Zusammenhang mit „liquid democracy“ herumschlagen mussten? Wie sieht es mit der Zuverlässigkeit technischer Mittel bei Wahlen aus? Das ist eine Problematik, mit der sich unter anderem die Schweiz im Zusammenhang mit der schrittweisen Einführung des E-Voting intensiv befasst.

Auch bei der Frage der Anonymität ist neben den oben genannten Vorteilen zu bedenken, dass im Falle einer personenbezogenen elektronischen Stimmabgabe nie zu einhundert Prozent sicher gestellt werden kann, dass auch wirklich die stimmberechtigte Person am Verfahren teilnimmt.

Schließlich ist zu bedenken, dass mit online-Verfahren nach wie vor vorrangig die Zielgruppe jüngerer Menschen angesprochen wird, für die der Umgang mit sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter oder ähnlichem alltäglich ist. Damit sind die Chancen, dass ausschließlich online durchgeführte Verfahren einen gewissen Grad an Repräsentativität erlangen können, eher gering.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung führt gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung das Beteiligungsverfahren „liken, teilen, was bewegen – jugendforum rlp“ durch. Nach intensiven Überlegungen und Abwägungen sind wir zu dem Schluss gekommen, dass ein breiter Zugang zu den Adressaten ebenso wie die Informationsverbreitung über das Verfahren nur dann eine realistische Chance haben, wenn der Ausgangspunkt eine Fanpage bei Facebook ist. Aus Gründen des Datenschutzes findet das eigentliche Beteiligungsverfahren jedoch nicht

Martin Stadelmaier

Bürgerpartizipation am Beispiel von Beteiligungsverfahren im Internet

auf Facebook, sondern auf einer eigenen Plattform statt, die auch nicht direkt mit Facebook verlinkt ist. Die bisherigen Statistiken zeigen ganz klar auf, dass wir durch diesen Medienbruch potenzielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Verfahren verlieren.

Reine Online-Verfahren eigenen sich aus meiner Sicht eher für spezifische Themen und Zielgruppen. Angesichts der Erfahrungen, die wir bisher in Rheinland-Pfalz gemacht haben, ist eine Mischung unterschiedlicher Verfahren im Hinblick auf die Validität der Ergebnisse zu bevorzugen. Online-Beteiligungsverfahren bieten große Chancen für einen unmittelbaren Dialog mit und zwischen den Bürgern, für Interaktion, schnellen Austausch und die Organisation von politischen Prozessen. Vor allem im Bereich des Beschwerderechts oder von Gremien sehe ich in diesen Verfahren große Vorteile. Gerade auf kommunaler und Länderebene können Online-Beteiligungsverfahren von großem Nutzen sein und wesentlich dazu beitragen, politische Inhalte zu vermitteln und den Bürgerinnen und Bürgern Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen und somit die Akzeptanz zu erhöhen.

Dennoch brauchen wir – gerade mit Blick auf Gesetzgebungsverfahren – im politischen und administrativen Geschäft Verlässlichkeit. Und auch die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf geltende Regeln einstellen und verlassen können. Wir können und sollten diese Prozesse nicht einem täglichen Meinunsgbildunsgprozess unterwerfen, der an den Ideen reißt und sie am Ende zerrüttet. Ich wünsche mir bei aller Transparenz diese Form von Verlässlichkeit gepaart mit dem Willen immer für alle guten Anregungen, Argumente und Ideen, die mit den digitalen Beteiligungsformen einher gehen, offen zu sein.

Digitale Citoyens – Neue Partizipationskulturen im Netz

Prof. Dr. Caja Thimm
ist Professorin für Medienwissenschaft und Intermedialität in der Abteilung Medienwissenschaft der Universität Bonn.

Wie nur wenige technologische Revolutionen vor ihr hat die Internetrevolution unsere Welt verändert. Vergleichbar vielleicht noch mit dem Buchdruck, hat dieses Medium fast alle Bereiche des Lebens erfasst – von der individuellen Sozialkommunikation bis zu wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kommunikationsstrukturen innerhalb der Gesellschaft. Aktuell ist das Internet zudem auf dem Weg, einen weiteren Schritt auf dem Weg zur totalen Ubiquität zu gehen – es wird mobil, plattformunabhängig, globalsprachig und auf vielfältigen Endgeräten nutzbar.

Neue Öffentlichkeit im Netz

Die Medienentwicklungen im Rahmen des Web 2.0 bzw. Social Media, markiert durch Nutzungen sozialer Netzwerke wie Facebook, Twitter, Pinterest oder YouTube, markieren auch eine neue Phase im Hinblick auf politische Öffentlichkeit und Partizipationskulturen – nahezu jede/r Politiker/in, jede Stadtverwaltung und jedes Unternehmen hat heute zumindest eine Website, wenn nicht sogar ein Profil auf Facebook oder einen Twitteraccount. Aber auch die einzelnen Bürgerinnen und Bürger partizipieren eifrig – heute kann jeder und jede zum Nachrichtenproduzenten, Diskutanten oder zum Informationslieferanten werden, egal ob dies im schnellen ad-hoc Medium Twitter, in sozialen Netzwerken oder per Blog und Kommentarposting geschieht. Auch die traditionellen (Massen)Medien sind seit langem in der digitalen Welt präsent. Selbst wenn hier nur langsam eine ökonomische Absicherung durch Bezahlmodelle die journalistische Qualität sichern kann, haben sich die Printmedien

Prof. Dr. Caja Thimm

Digitale Citoyens – Neue Partizipationskulturen im Netz

den digitalen Anforderungen angepasst. Allerdings erweisen sich in Bezug auf die Qualität der Informationen Netzstrukturen oft als problematisch. Das, was im Netz steht, gilt als frei zugänglich und kostenfrei. Wissenszuwachs entsteht über die Milliarden von Nutzern, wird in Sekundenschnelle über Twitter oder Facebook in der Welt publik gemacht und hier wiederum gewichtet und weiter verbreitet. Journalistisches Handeln wird durch diese neue Kultur der Informationsdiffusion einerseits vielschichtiger, da Informationen zur Verfügung stehen, die oftmals direktere Einblicke in das Vor-Ort-Geschehen gewähren. Anderseits sind diese Informationen aus Sicht der Quellenlage unsicherer und häufig nicht einmal klar auf ihre Autoren zurückzuführen.

Es lässt sich also konstatieren – Strukturen von Öffentlichkeit beginnen sich spürbar zu verändern, ob privat oder politisch, die kommunikativ relevanten Stakeholder sind online präsent und transparent. Wie sich dies jedoch auf das politische Bewusstsein und auf politische Beteiligung auswirkt, lässt sich bisher nur in ersten Ansätzen systematisieren.

Digitale Citoyens

Die dezentralen Beteiligungsmöglichkeiten im Social Web und die schnellen Verbreitungsmechanismen politischer Inhalte sind für den vernetzten Menschen heute unverzichtbar. Die Beteiligungsbarrieren für die „Neticens“, die „Netzbürger“, sinken auf allen Ebenen. Politische Ereignisse werden nahezu in Echtzeit in der Weltöffentlichkeit bekannt, die Leaking Kultur macht auch vor Ministerinnen und Ministern (Plagiatsaffairen) oder dem Vatikan („Vatigate“) nicht mehr halt und Transparenz ist ein so hoch bewertetes Gut in der Politik geworden, dass mit diesem Fahnenwort einer neuen Partei sogar der Einzug in die Parlamente gelungen ist. All die-

se Entwicklungen sind keine stringent oder strategisch geplanten Entwicklungen – sie haben sich aus den Nutzerkulturen zunächst urwüchsig entwickelt. Erst die Entdeckung der Lukrativität der Netzkommunikation durch die mächtigen Player Google und Facebook machte das Netz zu einem globalen Marktplatz. Dabei werden wichtige Grundprinzipien der Social Media zunehmend auch für die politischen Netzinhalte wirksam. Da als eines der zentralen Grundprinzipien im Netz das „Sharing" (Teilen) gilt, so wird dies auch auf die Politik appliziert. Und konsequenterweise geht damit eine steigende Erwartung an die Transparenz politischer Verfahren einher.

Die Fragen, die sich für die Politik in diesem Zusammenhang stellen, sind vielfältig. Insbesondere jedoch dürfte relevant sein, inwieweit durch die Netzkommunikation tatsächlich mehr Menschen politisch aktiv werden, sich einmischen und produktiv beitragen, oder ob das Web nur die ohnehin politisch interessierte, hoch gebildete Bevölkerungsschicht anspricht und sich daneben eine Art von „digitaler Unterschicht" bildet.

Zunächst scheinen Ereignisse wie der so genannte „Arabische Frühling", die Proteste gegen Stuttgart 21 oder die Anti-Acta-Bewegung zu belegen, dass Menschen diese Netzoptionen für politische Einmischung nutzen und sich eine neue Form der politischen Aktivität und Partizipation an politischen Konflikten herausbildet. Besonders die internationalen Krisen, in denen sich maßgeblich Twitter und Facebook als Plattformen für die lokale und internationale Gegenöffentlichkeit herausbildeten, nähren die Perspektive auf die neue Freiheit durch die digitalen Netze. So hat Facebook u.a. auf der berühmten Seite von „We are al Khaled Said" nicht unerheblich zur Globalisierung der lokalen Konflikte in Ägypten beigetragen, die dann ihrerseits die Weltöffentlichkeit alarmierten und zur weiteren Ausbreitung der

Prof. Dr. Caja Thimm

Digitale Citoyens – Neue Partizipationskulturen im Netz

Aufstände führten. Die aktuellen Ereignisse in Syrien, die häufig ja nur noch über YouTube an die Weltöffentlichkeit gelangen, machen die Stärke der schnellen und unproblematischen Veröffentlichung von Geschehnissen durch „eyewitnesses“ deutlich.

Betrachtet man allerdings die Debatte um die Rolle der Netzkommunikation für die politische Beteiligung, so schwanken die Positionen zwischen medieneuphorischer Begeisterung und düsterer Schwarzmalerei. Einerseits finden sich explizit medienenthusiastische Positionen, die von neuen Optionen der Partizipation ausgehen oder ein globales Kaffeehaus im Entstehen sehen. Hier werden soziale Netzwerke als ein Medium angesehen, mit dem frühe Mündlichkeitskulturen technisch wiederherstellbar sind und das Netz wird als Ort der technischen Verwirklichung der Moderne und als Forum idealisierter Kommunikationskulturen verstanden, in dem die „Weisheit der Masse“ die besten Ideen für die Gesellschaft produziert.

Die kritische Perspektive dagegen ist von grundlegender Skepsis gegenüber überhöhten Erwartungen an digitale Vergemeinschaftung gekennzeichnet und geht davon aus, dass durch die computervermittelte Kommunikation Verluste an Sozialität, Intimität und intellektueller Kompetenz zu verzeichnen sind, dass z.B. durch die Filterfunktionen der großen Social Media Konzerne manipulative Wahrnehmungs- und Beziehungsbegrenzungen manifest werden und den Meinungsbildungsprozess einschränken. Zudem wird konstatiert, dass das Internet an sich ein Medium der Ungleichheit sei und eine digitale Spaltung befördere – der reiche Norden mit Millionen NutzerInnen gegen den armen Süden, der bisher nur partikular Netzzugang hat.

Welcher Bewertung der Netzkommunikation man auch immer zuneigen mag – Tatsache ist, dass ange-

trieben über die skizzierten Netzoptionen eine Kultur der *globalen digitalen Bürgerschaft* im Entstehen ist. Diese neue Bürgerschaft konstituiert sich über Sprach- und Ländergrenzen hinweg und ist oft nur in ihrem Protest einig. Eine der zentralen Eigenschaften solcher digitaler Bürgerschaften ist ein neues Verhältnis zu der Rolle medialer Zugänge. Das Recht auf freien Zugang zu Daten im Netz, seien es Informationen, Musikstücke oder Videos, gilt als Grundbaustein des Netzes – die Einschränkung dieser Zugriffsrechte wird massiv bekämpft. Diese neue Bürgerschaft ist dispers, heterogen und politisch wankelmütig – eine ethisch oder moralisch klare Linie ist (noch) nicht ersichtlich. Als eine zentrale Gemeinsamkeit solcher digitaler Bürgerschaften kann vor allem ein neues Verhältnis zum Recht auf Öffentlichkeit angesehen werden. So ist es bezeichnend, dass sogar die chinesische Regierung nicht mehr riskiert, den beliebten Microblogging-Dienst Sina Weibo still zu legen – der Protest von 300 Millionen Usern ist selbst dort ein zu großes Risiko!

Dr. Joachim Paul,
geb. 1957, ist Fraktionsvorsitzender der Piratenpartei im nordrhein-westfälischen Landtag.

Digitale Gesellschaft – Politisches Kommunizieren und Agieren im Netz

Die Entwicklung des Internet und sein rasanter Ausbau als weltumspannendes Daten- und Kommunikationsnetz mit sehr niedrigen Zugangsschwellen hat die Randbedingungen für Politik, Wirtschaft und Kultur grundlegend verändert. Dass die Erfindung eines neuen Mediums zu politischen und kulturellen Verwerfungen führt, wissen wir schon. Der Buchdruck hatte es vorgemacht. Und uns allen gemein ist mittlerweile die Erkenntnis, dass die Buchdrucktechnik zu den wesentlichen Ermöglichungsbedingungen der Konzepte von Nationalstaat und repräsentativer Demokratie gehört. Einer profunden, kritischen und verantwortungsbewussten, in die Zukunft gerichteten Politik muss daher die konstruktive Fragestellung angemessen sein, wofür denn das neue weltweite Datennetz Ermöglichungsbedingung – auch und gerade im politischen Raum – sein könnte.

Das Internet: Katalysator für Netzdialoge

Der von Vilém Flusser eingeführte Begriff des Netzdialogs[1] setzt auf die Kommunikation zwischen Individuen und bezeichnet eine unmoderierte, unorganisierte Dialogform, die sich am ehesten mit der Kommunikation auf der Straße oder auf dem Marktplatz vergleichen lässt, im Gegensatz zu den organisierten Kommunikationsformen des moderierten Dialogs oder der hierarchischen Diskurse.

Die Kutschen-Post und später das Telefonsystem stellen erste organisierte Implementationen des Prinzips

1 Flusser, Vilém; *Kommunikologie*, Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1998, S.32ff.

Netzdialog dar, ein Gewinn an räumlicher Ausdehnung und zeitlicher Verdichtung. Und über die neue Technik des Internet erfahren diese Netzdialoge nun eine ungeheure Beschleunigung, mehr noch, neben textuellen Elementen können Informationscodes aller Art bis hin zu audiovisuellen Medien und rechnenden Programminhalten dialogisch ausgetauscht werden. Technische Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Internet sorgen zudem dafür, dass diskursive Kommunikationsformen – denkt man beispielsweise an die Internet-Aktivitäten der Fernsehsender – mit in die Netzdialoge hinein gesogen werden. So ist hier ein multidimensionales Informationsspeicherungs- und Austausch-Feld entstanden, bei dem der geographische Bezug der daran teilhabenden Individuen nur einer unter vielen anderen Bezügen ist, er ist in der Tat nicht mehr „ausgezeichnet". Für diskursive Elemente in diesem Feld gilt nach wie vor die alleinige Verantwortlichkeit des Senders für die Inhalte, jedoch für Dialogformen gilt und galt seit je her, dass die Dialogpartner verantwortlich für Inhalte und Dialogprozess sind. Jeder, der an diesen neuen raumgreifenden und zeitlich hoch verdichteten Netzdialogen teilnimmt, kann gleichzeitig Sender und Empfänger sein, und das weit jenseits der physischen Grenzen unserer Wahrnehmung. Und nun beginnen die neuen Strukturen der geographisch ungebundenen elektronischen Netzdialoge sich mit den bisherigen lokalen Netzdialogen zu überlagern. Das hat politische Relevanz.

Anforderungen an die Politik

Spätestens seit Kevin Kellys Bestseller „Das Ende der Kontrolle" wird auch in breiteren Zusammenhängen nach der prinzipiellen Kontrollierbarkeit gefragt[2]. Für die Poli-

2 Kelly, Kevin; *Das Ende der Kontrolle*, Bollmann Verlag, Mannheim 1997.

Dr. Joachim Paul

Digitale Gesellschaft – Politisches Kommunizieren und Agieren im Netz

tik selbst gilt, dass sie ihre Wurzeln in geographischer Territorialität und der aktiven Kontrolle verschiedenster Aspekte derselben hat. Netzdialoge, soweit wir das geschichtlich zurückverfolgen können, haben jedoch immer eine nicht-territoriale Komponente, die sich aus der Bewegung, aus der Tätigkeit des Reisens, oder – wenn man so will – aus unseren nomadischen Anteilen gebiert.

Und begreift man die durch das Internet umsichgreifende Entortung als eine Entterritorialisierung von Netzdialogen, dann wird die Frage nach der Kontrolle völlig obsolet. Dies findet sich nirgends besser bestätigt, als in der Äußerung eines US-Journalisten zu Spiele-Labyrinthen, zu sog. Multi-User-Dungeons: „*Wenn jemand das Verhalten anderer kontrollieren möchte, wird er diese virtuellen Welten als extrem frustrierend empfinden.“*[3] Darüber hinaus scheinen die Beobachtungen des US-Unternehmensberaters Don Tapscott das in Bezug auf unsere Kinder zu bestätigen. Den von ihm untersuchten und befragten „Net Kids“ ist eine *„auffällige Autonomie im Denken und Handeln“*[4] schon in jungen Jahren gemein.

Für eine demokratische Politik empfiehlt sich ein konstruktiver Ansatz. Ihr bleibt „nur“ das, was verantwortungsvolle Politik im Grunde tun sollte, nämlich, die Netzdialoge und damit das Entstehen neuer Informationen zu ermöglichen, zu befördern und aktiv zu gestalten, sie in Form zu bringen, sie zu „informieren“[5]. In dieser Betrachtung entlarvt sich der Versuch einer totalitären Unterdrückung der Netzdialoge als Verhinderung des Neuen und damit als ewige Wiederholung des Gleichen, als Demagogie. Die Aufgabe einer demokratischen Politik ist also grundsätzlich eine befördernde und moderie-

3 Morningstar, Chip; *Electric Communications*, Interview im Arte-Themenabend Internet, Straßburg 1996.
4 Tapscott, Don; *Net Kids*; Wiesbaden 1998.
5 Flusser; 1998, a.a.O, S. 33.

rende für das Dialogische an sich, und damit auch eine Beförderung der Entwicklung von Mündigkeit und Verantwortung, denn der Dialog – das liegt in seinem Wesen – impliziert Verantwortung.

Gelingt die Überzeugung zur (Selbst-)Verantwortung im breiteren Stil, dann kann vielleicht mit der Transformation des Politischen selbst in das Netz begonnen werden.

Die Transformation des Politischen

Bereits 1983 diagnostizierte Richard Sennett einen Verfall des öffentlichen Raums.[6] Dieser Verfall wird nun durch das Datennetz noch beschleunigt, so scheint es. Denn Politik selbst – das liegt nicht nur in der Natur der Diskurse, über die Politik transportiert wird – lebt von diesem öffentlichen Raum, in dem Politik „geschieht". Dieser Raum ist aber der öffentliche Raum des Senders. Um Politik zu treiben, muss man sich in die Öffentlichkeit begeben bzw. Öffentlichkeit herstellen, senden, indem einer größeren Gruppe von Menschen eine bestimmte Information übermittelt wird. Öffentlichkeit und Privatheit entsprechen also – vereinfacht und im Bild des Diskurses gesprochen – Sender und Empfängern. Nun besitzen unsere privaten Wohnungen neben Türen und Fenstern – Durchlässen zum Öffentlichen an definierten Stellen – zunehmend Löcher in den Wänden, durch die reversible Kabel laufen, Telefon, Fernsehen, Internet, etc., mit denen wir zusätzlich mit der Außenwelt verbunden sind. Mit Hilfe dieser reversiblen Kabel werden wir zu Knoten in einer Ansammlung von Netzdialogen. Und die Zunahme des Dialogischen lässt den eher diskursiven öffentlichen Raum des Politischen – wenige Agierende und viele Zuschauer – langsam schrumpfen. Der nächste Knoten

6 Sennett, Richard; *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens – Die Tyrannei der Intimität*; Berlin 1983/2008.

Dr. Joachim Paul

Digitale Gesellschaft – Politisches Kommunizieren und Agieren im Netz

in meiner persönlichen Ansammlung von Netzdialogen, derjenige, der mir nahe steht – und das jetzt nicht notwendigerweise im geographischen Sinn – wird wichtiger als das abstrakte Prinzip Menschheit, das nie direkt wahrnehmbar war. Exakt das ist es, was Vilém Flusser den „Tod des Humanismus“[7] – als globales Prinzip – genannt hat. Wenn nun die Trennwand zwischen Öffentlichem und Privatem verschoben oder durchlöchert wird, hat dies natürlich auch Konsequenzen für das Private. Es ist der historisch gewachsene Gegensatz zwischen „Privatheit“ auf der einen und „Öffentlichkeit“ auf der anderen Seite, der unsere diesbezüglichen Wertvorstellungen erzeugt und geprägt hat. Mit den Erschütterungen dieses Gegensatzes entsteht eine Art verunsicherndes Werte-Vakuum, von dem sich bis jetzt nur allgemein sagen lässt, dass es mit aus Dialogen entspringenden zwischenmenschlichen Relationen gefüllt werden kann.

Damit einher geht ein eklatanter Verlust des Vertrauens und ein Infragestellen der politischen und kulturellen Eliten, das durch die nahezu regelmäßig 2-jährigen Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2008 noch zusätzlich befeuert wird. Es darf dabei nicht vergessen werden, dass eben jene Krisen auch durch das Datennetz eine beschleunigende Wirkung erfahren.

Ein mögliches Handlungsfeld einer Politik von morgen ist daher in einer Art Netzpolitik zu sehen, die die Netzdialoge und unser Zusammenleben formt und organisiert auf der Basis eines noch zu entwickelnden „politischen Netzwerkmanagements“.

Die Netzdialoge geben uns Möglichkeiten, mehreren Interessengruppierungen gleichzeitig und aktiv anzugehören. Diese Gruppierungen entstehen aber nicht nur aus territorialen Gemeinsamkeiten, sondern ebenso

7 Flusser, Vilém; *Die Informationsgesellschaft, Phantom oder Realität?*, Vortrag auf der CulTec in Essen 1991, Audio-CD, Suppose Verlag, Köln 1999.

aus gemeinsamen Interessen gleich welcher Art. Der französische Kulturwissenschaftler Jacques Attali nennt dies die „Multidimensionale Demokratie“. Und diese will nicht nur ausgehalten, sondern auch gemanagt werden, auf eine Art und Weise, die den Dialogen kultureller Vielfalt und Verschiedenheit befördernd gerecht wird.[8]

Aber solange die Übertragungskanäle für die Rückkopplungen zwischen den Einbahnstraßen der die Politik vermittelnden Diskurse der Massenmedien – die nicht wirklich gehört werden – und den vor sich hin schwafelnden Netzdialogen im Internet – die ungeformte „informationelle Rohstoffe“ darstellen – fehlen, ist das System im kybernetischen Sinne „offen und instabil“ und damit im dialektischen Sinn „nicht kontrollierbar“[9]. Dies gilt ausdrücklich auch für die die nationalstaatlichen Grenzen überwindenden Finanzströme.

Politisch kompetentes und verantwortliches Handeln nimmt die fehlenden Rückkopplungen in den Blick. Rückkopplung aber ist nur über kompetente Beteiligung zu erreichen in dem Sinne, dass die Beteiligten sich über die Möglichkeiten für Konsens und Dissens bewusst werden. Eine fundierte politische Grundbildung wird daher für unsere Zukunft essentiell sein.

8 Attali, Jacques; Interview im Arte-Themenabend Internet, Straßburg 1996.

9 Foerster, Heinz von; *Kompetenz und Verantwortung*; Grundsatzreferat zur Herbsttagung der American Society for Cybernetics 1971; in: *KybernEthik*, Merve Verlag, Berlin 1993, S.161ff.

Jessica Einspänner, geb. 1981, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Medienwissenschaft der Universität Bonn. Sie promoviert zum Thema „User Generated Privacy“ und ist darüber hinaus für das DFG-Projekt „Deliberation im Netz“ sowie für das Forschungsprojekt „Digitale Citoyens“ der Bonner Akademie tätig.

Post-Privacy: Privatheit in der digitalen Öffentlichkeit? Ein Debattenbeitrag

Das Private zu benennen scheint einfach. Intuitiv wissen wir, was intim, geheim oder persönlich ist und was im Gegensatz dazu öffentlich – also für jedermann erfahrbar – sein darf. Während die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit lange Zeit unbestreitbar vorhanden und benennbar war (wenngleich sie sich im Laufe vieler Epochen veränderte und verschob), so ist sie im 21. Jahrhundert Gegenstand einer Diskussion, welche die Existenz ebendieser Grenze in Frage stellt. *Post-Privacy* nennt sich die Bewegung, die überzeugt ist, dass die klassischen Vorstellungen von Rückzugsräumen für die Gegenwart der digitalen Gesellschaft und das Handeln im Internet nicht mehr anwendbar sind. Die Verlagerung eines großen Teils der alltäglichen Kommunikation in das Internet hat dazu geführt, dass private Angelegenheiten viel offensiver und freizügiger publik gemacht werden, als dies jemals zuvor der Fall war. Die Folge ist eine Kommerzialisierung der Privatsphäre in und über die Medien einerseits und eine neu entfachte Debatte zur Privatheit und dem Umgang mit persönlichen Daten andererseits. Die Post-Privacy-Bewegung versucht den Konsequenzen der Mediatisierung unserer Gesellschaft, dem damit zusammenhängenden Einfluss auf die individuelle Kommunikation und den eigenen, digitalen Identitäten vorzugreifen, indem sie bewusst Diskussionen provoziert und Kontroversen anführt.

Privatheit – ein historisches Konzept

Durch die Historie hindurch haben sich verschiedene Theorien von Privatheit entwickelt, die unterschiedliche

Problemfelder diskutieren. Sie können in drei Bereiche eingeteilt werden: einen soziologisch-philosophischen, einen politisch-philosophischen und einen juridisch-philosophischen. Der erste ist zugleich der wohl älteste thematische Diskurs zur Privatheit. Er entstand in der Antike und wurde in der Soziologie und Philosophie als Diskurs der Öffentlichkeit geführt, bei dem das Private hinter dem Öffentlichen zurücktritt und sich allein auf den „Bereich der Intimität“ und das private Zuhause, die Familie, bezieht (Rössler 2001:11). Auch die historische Erörterung des Privaten in seiner Abgrenzung zur Öffentlichkeit und die damit verbundenen Veränderungen im Verhältnis zwischen beiden Entitäten zählen zu diesem Diskurs (s. z.B. Habermas 1962/2009). Eine zweite Perspektive, die vor allem politisch motiviert ist, beschreibt die kritische Auseinandersetzung mit Privatheits- und Öffentlichkeitskonzepten vor dem Hintergrund feministischer Theorien. Hierbei spielen insbesondere Thematiken der Unterdrückung, Verdrängung und Ungleichheiten in der Gesellschaft eine große Rolle (Hauser 1987). Zum dritten Bereich zählt die zugleich jüngste Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Privatheit und Öffentlichkeit, die vor dem Hintergrund der Entwicklung computervermittelter Kommunikation und dem fortschreitenden Mediatisierungsprozess stattfindet. Diese befasst sich vor allem mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und dem Datenschutz im Internet. Erörtert werden hier Fragen nach der Aufrechterhaltung der Grenze zwischen privat und öffentlich in der Netzgesellschaft bzw. nach einem zeitgemäßen Umgang mit persönlichen Daten in der digitalen Öffentlichkeit.

Datenschutz und Privacy Paradox

Das Internet stellt einen Aktions- und Kommunikationsraum dar, in dem Handlungen Daten produzieren, die

Jessica Einspänner

Post-Privacy: Privatheit in der digitalen Öffentlichkeit? Ein Debattenbeitrag

gespeichert, modifiziert und weiterverbreitet werden. Dies lässt sich auf weitere digitale Kommunikationsmöglichkeiten ausweiten, wie beispielsweise die Nutzung mobiler Endgeräte wie Smartphones, Tablet PCs usw., die ebenso Zugriff auf das Internet bieten und zudem GPS-Informationen über den aktuellen Aufenthaltsort senden. Während Jugendliche früher ihre intimsten Gedanken in ein Tagebuch schrieben, das sie an einem geheimen, möglichst unauffindbaren Ort im Kinderzimmer versteckten, so stellen Teenager heute ihre innere Gefühlswelt schriftlich, grafisch und mit eigens erstelltem Videomaterial angereichert in sozialen Netzwerkseiten im Internet zur Schau. Dabei ist es nicht selten Ziel, dass die privaten Online-Einträge von möglichst vielen Personen, Freunden aber auch Unbekannten, gelesen werden. Diese *freiwillig* online gestellten Daten werden von Diensten wie Facebook oder Google genutzt, um gezielt konsumentenorientierte Angebote (z.B. personalisierte Werbung) zu entwickeln. Dabei ergeben sich zwei hauptsächliche Probleme. Zum einen ist nicht allen Usern bewusst, dass sie beim Surfen im Internet Daten hinterlassen, die ihr Onlineverhalten dokumentieren und die Erstellung eines individuellen Personenprofils ermöglichen. Zum anderen funktionieren viele Dienste ohne Angabe einer bestimmten Menge von Daten bzw. der Zustimmung zur Weiterverwendung ebendieser kaum oder gar nicht – sei es Onlineshopping (Angabe von Adress- oder Zahlungsdaten) oder die Interaktion mit Freunden und Bekannten in sozialen Netzwerken. Auf Seiten der Nutzer, insbesondere bei Jugendlichen, entsteht dadurch ein Paradoxon: Auf der einen Seite äußern sie Bedenken hinsichtlich des potentiellen Datenmissbrauchs und scheinen sich seiner prinzipiellen Mechanismen bewusst. Auf der anderen Seite stellen Studien wiederholt fest, dass das Online-Verhalten vieler Jugendlicher

gerade nicht den Schluss zulässt, sie kümmerten sich um den Schutz ihrer persönlichen Daten (z.B. Taddicken 2011). Dieses Phänomen des Divergierens von theoretischem Wissen um Datenschutz und dem praktischen Umgang mit den eigenen persönlichen Daten wird als *privacy paradox* bezeichnet (Barnes 2006).

Auf dem Weg zur Post-Privacy-Ära

Diese und ähnliche Umstände befeuern die Debatte zum Datenschutz im Internet ungemein. Wie viel Privates darf in die digitale Öffentlichkeit? Ist Privatheit überhaupt noch existent in der transparenten Online-Welt? Eine pessimistische Perspektive spricht hier vom Verlust der Privatheit durch den Kontrollverlust über die eigenen Daten, den die zunehmende Sozialisierung und Interaktion in der digitalen Welt nach sich ziehen. Datenschützer argumentieren, dass die Nutzung – oder vielmehr die Beherrschung – der immer komplexer werdenden technischen Systeme für den Einzelnen zunehmend schwieriger wird und propagieren daher die Entwicklung von Werkzeugen und Programmen für ein geeignetes, sicheres Identitätsmanagement (Schaar 2007). Auf der anderen Seite wird gerade der Kontrollverlust zentrales Argument einer anderen, konträren Sichtweise – der des *Post-Privacy-Ansatzes*. Vertreter dieser Bewegung sehen traditionelle Vorstellungen von Privatheit und Privatsphäre in der vernetzten Welt als unrealistisch und überholt an (Heller 2011). Sie fordern die uneingeschränkte Freiheit des Internets und lehnen Datenschutzregeln für das Medium vollständig ab. Dahinter steht der Gedanke, dass selbst Daten, die als sicher gelten oder Informationen, die heute noch gar nicht als problematisch angesehen werden, Potenzial enthalten können, das morgen als Grund für Missbrauch dienen kann (Seemann 2010). Datenschutz im Internet ist demzufolge widersinnig, da

persönliche Daten im Netz überhaupt nicht geschützt werden können. Post-Privacy-Anhänger nehmen die Tatsache, dass man die Kontrolle über die eigenen privaten Daten abgibt, sobald man sich im Netz bewegt, als Realität und somit als Legitimation an.

Somit offenbart sich der Post-Privacy-Ansatz zwar nicht zwangsläufig als optimistische, allerdings durchaus als eine pragmatische Perspektive auf die derzeitigen Entwicklungen der Privatheitsdebatte. Die Argumente aus der Post-Privacy-Diskussion und nicht zuletzt die Bezeichnung dieser Debatte verweisen darauf, dass wir uns von dem Begriff der Privatheit und seinen traditionellen Konnotationen bereits entfernt haben. Zu klären bleibt, ob es Privatheit in der digitalen Öffentlichkeit geben kann oder ob sich für persönliche, transparente Kommunikation im Netz ein neues Konzept mit veränderten Regeln und Annahmen entwickeln wird.

Literaturverweise

Barnes, Susan (2006): *A privacy paradox: Social networking in the United States*. In: *First Monday* 11 (9). http://firstmonday.org/htbin/cgiwrap/bin/ojs/index.php/fm/ article/view/1394/1312.

Habermas, Jürgen (1962/2009): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hauser, Kornelia (1987): *Strukturwandel des Privaten? Das „Geheimnis des Weibes" als Vergesellschaftungsrätsel*. Edition Philosophie und Sozialwissenschaften 9. Berlin/Hamburg: Argument-Verlag.

Heller, Christian (2011): *Post-Privacy. Prima leben ohne Privatsphäre*. München: C.H. Beck.

Rössler, Beate (2001): *Der Wert des Privaten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Schaar, Peter (2007): *Das Ende der Privatsphäre. Der Weg in die Überwachungsgesellschaft*. München: C.Bertelsmann.

Seemann, Michael (2010): *Die Krankenakte von Tut Ench Amun*. ctrl+verlust: http://www.ctrl-verlust.net/die-krankenakte-von-tut-ench-amun/.

Taddicken, Monika (2011): *Selbstoffenbarung im Social Web*. In: *Publizistik* 56 (3), S. 281-303.

Prof. Dr. Reiner Clement, geb. 1958, ist Vizepräsident der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg für das Ressort „Innovation und Regionale Entwicklung“.

Online-Kommunikation von Unternehmen im Kontext von Web 2.0 – Technologien

Kennzeichen der Web-2.0-Kommunikation

Die Hoheit der Beiträge auf Social Media Plattformen liegt nicht – wie bei traditionellen Medien – bei einer Gruppe von anbietenden Personen, sondern bei den Nutzern. Es fehlen häufig redaktionelle (Zwischen-)Instanzen, so dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen einer Meinungsäußerung und seiner Publikation besteht. Die Beiträge sind zudem durch Verlinkungen vernetzt, Inhalte sind häufig kostenlos und ihre Verbreitung ist viral möglich. Die Verbreitung einer Information endet erst dann, wenn es zu keiner Reaktion auf der Empfängerseite mehr kommt, d.h. die Information irrelevant erscheint.

Social Media bietet mit einer Pull-Kommunikation für die Kunden bzw. Nutzer außerdem die Möglichkeit, Teil des Kommunikationsgeschehens zu werden. So können durch Offenheit und Transparenz der Kommunikation sogar Informationsasymmetrien aufgehoben werden, wenn sich die Informationszustände aller beteiligten Akteure annähern.

Aus Sicht von Unternehmen entsteht ein Spannungsfeld zwischen möglichst positiven Effekten der Social Media Kommunikation und der Kontrollierbarkeit von Inhalten.[1] Dabei verfügen Unternehmen vor allem über drei verschiedene Kommunikationsformen im Internet, zum einen über Owned-Media-Plattformen, die unmittelbar im Besitz des Unternehmens und gut kon-

1 Mayer-Uellner (2010): *Der Weg ins soziale Netz*, in: *Markenartikel – Das Magazin für Markenführung*, Ausgabe 07, S. 16 – 18.

trollierbar sind (z.B. Internetseiten, Profile in sozialen Netzwerken), zum anderen über Paid Media (alle Formen der bezahlten Kommunikation), wie z.B. Suchmaschinenwerbung. Auch diese Formen sind in der Regel gut kontrollierbar. Eine dritte Art von Plattformen sind die Earned Media, auf denen Nutzer und Konsumenten außerhalb der offiziellen Unternehmenskommunikation ihre Meinungen bzw. Empfehlungen hinterlassen. Sie können positive Multiplikatorwirkung für den Unternehmenserfolg entfalten. Hier ist der Effekt auf Markenimage und Kaufverhalten am größten, jedoch ist die Kontrolle nur bedingt herstellbar.

Social Media fordert die Unternehmenskommunikation heraus

Social Media ist mehr als ein Trend und wird zukünftig die Kommunikation auch von Unternehmen grundlegend verändern. Beispielhaft sei nachfolgend die Bedeutung von Social Media in der Online-Krisenprävention und -kommunikation betrachtet. Eine Social-Media-Krise ist eine Unternehmenskrise, die durch Social Media ausgelöst wird und/oder durch die Verbreitung eines Issues im Social Web an die Öffentlichkeit gelangt.

Die Auslöser liegen in der Kommunikation und haben interne bzw. externe Ursachen[2], so zum Beispiel, wenn ein Unternehmen für ein Produkt mit falschen Angaben wirbt, die durch Konkurrenten aufgedeckt werden. Ein weiterer Auslöser für eine Social-Media-Krise kann durch Kunden hervorgerufen werden, die sich

2 Rehn, R. (2012): *Krisenkommunikation im Social Web*; Vortrag gehalten am 9. März 2012 im Rahmen des Lehrgangs „Social Media Manager“ an der Bayerischen Akademie für Werbung und Marketing http://www.slideshare.net/danielrehn/krisenkommunikation-im-social-web-vorlesung-baw; Hoffmann, K. (2012): *Shitstorms und andere Krisen. Leitfaden Krisen-Kommunikation*; http://www.slideshare.net/PRDoktor/shitstorms-und-andere-krisen-leitfaden-krisenkommunikation.

Prof. Dr. Reiner Clement

Online-Kommunikation von Unternehmen im Kontext von Web 2.0 – Technologien

negativ über ein Produkt oder Leistungen eines Unternehmens äußern, woraufhin das Unternehmen rechtliche Schritte einleitet. Ein drittes Beispiel sind Störfälle, Unfälle oder Unternehmensskandale – sie führen dazu, dass Personen ihren Protest im Web organisieren und Gleichgesinnte sammeln, um die Missstände einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Besonders populär ist in diesem Zusammenhang der Begriff „Shitstorm“, der 2011 zum Anglizismus des Jahres gewählt worden ist. Gemeint ist eine unvorhergesehene über soziale Netzwerke und Blogs transportierte Welle der Entrüstung über das Verhalten öffentlicher Personen oder Institutionen: Sie kann sich schnell verselbstständigen, vom sachlichen Kern entfernen und schwappt häufig auch in die traditionellen Medien hinüber. Eine derartige Kommunikation kann jedes Unternehmen treffen. Zum einen werden Ruf und Reputation geschädigt, zum anderen können sich negative Berichte und Meldungen auch materiell auswirken. Krisenkommunikation verfolgt vor diesem Hintergrund primär das Ziel, den Unternehmenswert zu schützen. Darauf bezogenen Maßnahmen sollen

- Handlungsspielräume retten,
- eine Orientierung für Mitarbeiter, Investoren, Kunden, Politik und Öffentlichkeit bieten, Kosten der Krisenbewältigung reduzieren,
- Vertrauensverlust minimieren.

Neue Kommunikationsstrategien notwendig

Social Media bzw. das Internet verändern das Umfeld der Krisenkommunikation und -prävention im Vergleich zu traditionellen Medien in vielfacher Hinsicht.

Stichwort: Vernetzung

Kritik, die früher abseits der Öffentlichkeit in Beschwerdebriefen oder an der Service-Hotline stattfand, wird heute online verbreitet. Jeder Internet-Nutzer ist im Prinzip in der Lage, z.B. ein negatives Feedback über Unternehmen im Web zu veröffentlichen. Unbeteiligte identifizieren sich mit krisenhaften Vorgängen in Unternehmen und verlangen nach Informationen. Durch Zugriff auf einen weltweiten Datenbestand können die Menge verfügbarer Informationen und auch die Transparenz der Situation erhöht werden. Akteure (z.B. Unternehmen, Medien) können in Echtzeit über Ereignisse aus verschiedenen Perspektiven berichten und informieren. Allerdings beschleunigt sich dadurch auch die Krisenentwicklung und erfordert eine rasche Reaktions- und Handlungszeit der Krisenkommunikation.

Stichwort: Interaktivität

Im Gegensatz zu den klassischen Medien, die Sorgfaltspflichten unterliegen und Richtlinien des Medienrechts beachten müssen, haben Social Networks und Blogs einen erheblich größeren Bewegungsfreiraum:

Mediennutzer werden hier selbst zum Sender von Nachrichten. Es ist eine neue „Bewertungskultur“ und Teilöffentlichkeit entstanden, die eigene Regeln der Aufmerksamkeit und Kommunikationsstile entwickeln. Verärgerte Mitarbeiter, enttäuschte Kunden und missgünstige Wettbewerber können daneben ihren Unmut unmittelbar kommunizieren. Meinungen und Inhalte verbreiten sich unter entsprechenden Bedingungen nahezu explosionsartig. Kritiker finden zudem Gleichgesinnte und üben gemeinsam „Druck“ aus. Die Relevanz von „Influencern“ steigt mit dem Grad der Vernetzung.

Prof. Dr. Reiner Clement

Online-Kommunikation von Unternehmen im Kontext von Web 2.0 – Technologien

Krisenhaltige Themen treten in ihrem Anfangsstadium vermehrt im Web auf und gelangen später in den Fokus klassischer Massenmedien. Allerdings gibt es auch den umgekehrten Weg. Erst werden Themen von traditionellen Medien öffentlich gemacht und ziehen dann in Social Media ein. Wenn der Nachrichtenwert stimmt bzw. interessant erscheint, ergibt sich ein Spiralprozess, bei dem beide Seiten sich wechselseitig verstärken.

Stichwort: Fehlende Gatekeeper

Es gibt häufig keine Gatekeeper, die Informationen sichten, bewerten und selektieren. Die klassische Filter- und Redigierfunktion von traditionellen Medien fehlt zum Teil vollständig. Zwar sind dadurch Informationen schnell und umfassend zu verbreiten. Oft sind die Absender von Informationen aber nicht verifizierbar und die Glaubwürdigkeit einer Nachricht ist unklar. Damit haben auch schlecht recherchierte oder sogar böswillig falsche Informationen bzw. Gerüchte eine Chance auf schnelle Verbreitung.

Stichwort: Technologische Struktur von Social Media

Die Social Media Nutzung ist aus ökonomischer Sicht durch begrenzt rationales Verhalten gekennzeichnet (z.B. limitierte Informationen, Beeinflussung durch „Friends“ und „Follower“). Social Media haben bezogen auf die Übernahme von Überzeugungen nur einen kurzen Adoptionsprozess. Die schiere Menge von Netzwerk-Nachbarn fördert das Echo und wirkt als Verstärker. Solche Effekte lassen sich in Modellversuchen gut simulieren, sind also keine Theorie. Eine Orientierungshilfe für die Schwere einer „Empörungswelle“ liefert die von Schwede/Graf auf Basis der Auswertung von Fallbeispielen entwickelte 7-stufige

Shitstorm-Skala.[3] Wenn Unternehmen auf den Einsatz von Social Media-Maßnahmen verzichten, sehen sie häufig keinen Sinn darin, sich mit der Krisenkommunikation innerhalb dieser Kanäle auseinanderzusetzen. Allerdings kann sich kein Unternehmen aus Social Media heraushalten. Entweder wird aktiv partizipiert oder es wird anderen (z.B. Kunden, Mitbewerbern) überlassen, sich in Social Media zum Unternehmen zu äußern. Wichtig ist vor allem die Auseinandersetzung mit möglichen Krisen auf den eigenen Social Media-Kanälen, denn hier wird erwartet, dass ein Unternehmen reagiert, wenn negative Kommentare und Kritik laut werden. Ob es ein Unternehmen also will oder nicht, es kann potentiell im Web öffentlich Gegenstand von Diskussionen werden. Die Informationshoheit hat sich im Web zwischen Unternehmen und Anspruchsgruppen faktisch verschoben.

Wie funktioniert Online-Krisenprävention?

Um ein „negatives Grundrauschen" frühzeitig analysieren zu können, braucht es Instrumente, die das Social Web in Echtzeit abtasten. Aktuelle Tools reichen von der Schlagwortsuche über Quellen- und Urheber- und Ortsstatistiken bis hin zu Möglichkeiten der Stimmungs- und Werturteils-Analyse. Die Angebote auf dem Markt variieren zwischen kostenlosen Werkzeugen bis hin zu umfangreichen Beratungspaketen spezialisierter Anbieter. Das Online-Monitoring gilt daher als ein strategisches Frühwarnsystem. Studien zeigen jedoch, dass Unternehmen häufig nicht hinreichend auf gegen sie gerichtete Online-Kritik vorbereitet sind. Neben technologischen

3 Feinheit.ch (2012): *Shitstorm for Dummies. 10 Tipps aus der Praxis, wie ich einen Shitstorm starte*. Und 10 Tricks, was ich tun kann, wenn ich in einen Shitstorm gerate: http://www.slideshare.net/dgraf1/shitstorm-for-dummies; http://www.feinheit.ch/media/medialibrary/2012/06/shitstorm-grafik.pdf.

Prof. Dr. Reiner Clement

Online-Kommunikation von Unternehmen im Kontext von Web 2.0 – Technologien

Defiziten sind die Ursachen vor allem in fehlenden personellen Ressourcen und der unzureichenden strategischen Vorbereitung zu suchen.

Unternehmen, die Social Media gegenüber Kunden einsetzen, bieten gleichzeitig einen potentiellen Raum für Krisenkommunikation. Vielen Unternehmen fehlen schlichtweg professionelle Mitarbeiter, die mit den Besonderheiten des Web vertraut sind. Social Media sind interaktiv, immer in Bewegung, regeln sich weitgehend selbst, sind schnell und „immer da". Unternehmen und Mitarbeiter müssen sich daher auf diesen nur begrenzt steuerbaren Prozess einlassen und mögliche Folgen mitbedenken. Ein großer Teil von Online-Krisen wird selbstverschuldet und z.T. auch durch Mitarbeiter ausgelöst. Zur Vermeidung solcher Fehler müssen alle Mitarbeiter, die im Kontext der Kommunikation relevant sind, z.B. mit Social-Media-Richtlinien des Unternehmens vertraut gemacht werden. Dazu zählt auch die Vermittlung von Verhaltensregeln im Umgang mit kritischen Reaktionen von Kunden und Anspruchsgruppen.

Teilweise gibt es „Krisen mit Ansagen". Dabei kann es sich z.B. um eine geplante Marketingaktion, Werbekampagne oder Produkteinführung mit Issue-Potential handeln, die Kritiker auf den Plan rufen kann. In diesem Fall erscheint eine Krisenprävention auf Basis von Szenarien möglich, die mögliche Kritik vorab formuliert und mit Reaktionsweisen verknüpft. Unternehmen können hier „Leitplanken" für eine verlässliche Reaktion entwickeln. Auch lassen sich Formulierungen und Statements zu bekannten Issue- und Krisenthemen vorab formulieren. Wichtig ist es, sich bereits präventiv mit möglichen Krisenszenarien zu beschäftigen. Die beste Vorbereitung ist es, bereits professioneller Teil der relevanten Netzöffentlichkeit zu sein, bevor es zur Krise kommt.

Checklisten, Social Media Guidelines, Ablaufpläne

mit beispielhaften Szenarien, Rollenverteilung, Listen mit Ansprechpartnern – um nur einige Beispiele zu nennen, sind feste Bestandteile der Online-Krisenprävention. Vor allem der Aufbau von Reputation und Vertrauen gilt als ein digitales Schutzschild, das Krisen von vornherein abwehren soll. Elemente sind u.a. die Vernetzung von Online- und Offline-Kommunikation sowie mit Meinungsmachern, die Suchmaschinenoptimierung, sowie ein dauerhafter und glaubwürdiger Dialog mit Anspruchsgruppen.

Kommunikation in und nach der Krise

Zur Lösung krisenhafter Sachverhalte ist eine dialogorientierte Kommunikation unverzichtbar. Sinnvoll erscheint in diesem Zusammenhang eine Trennung zwischen gerechtfertigter und ungerechtfertigter Kritik. Unternehmen sollen in Krisen zur primären Quelle für die Anspruchsgruppen werden. Dafür eignen sich eigene Webseiten, Blogs und Social Media am besten. Sie sind schnell bespielbar und können rasch aktualisiert werden. Unternehmen haben nur begrenzte Ressourcen und können daher nicht auf jegliche Form der Kritik reagieren:[4]

- Soft real-time: Nach Ablauf einer Deadline kann ein Unternehmen reagieren, muss es aber nicht. Der Nutzen nimmt jedoch stetig ab, je länger gewartet wird. Keine Reaktion richtet aber auch keinen Schaden an.
- Firm real-time: Der Nutzen tendiert gegen Null, wenn bis zur Deadline nicht reagiert wird. Keine Reaktion richtet aber auch hier keinen Schaden an.
- Hard essential: Wird bis zur Deadline nicht reagiert, wird der Nutzen negativ. Es entsteht ein konstanter Schaden.

4 Etzion, O. (2007): *On Real-time, Right-time, latency, throughput and other time-oriented measurements*; http://epthinking.blogspot.de/2007/11/on-real-time-right-time-latency.html.

Prof. Dr. Reiner Clement

Online-Kommunikation von Unternehmen im Kontext von Web 2.0 – Technologien

- Hard critical: Wird bis zur Deadline nicht reagiert, wird der Nutzen stark negativ. Es kommt zur „Katastrophe“ als Form der Krisenverschärfung.

Nach Ablauf der Krise sollten die ergriffenen Strategien und Maßnahmen kritisch evaluiert werden. Handlungen und daraus gewonnene Erkenntnisse lassen sich dokumentieren. Der Dialog mit Anspruchsgruppen, kritischen Teilöffentlichkeiten und Betroffenen wird fortgesetzt. Es gilt Maßnahmen zu treffen, die gegebenenfalls angegriffene Online-Reputation und das Vertrauen der Anspruchsgruppen wiederherzustellen. Krisen bieten immer auch die Chance für Veränderungen. Begangene Fehler können zukünftig vermieden und Maßnahmen optimiert werden.

„Offener Dialog“ als Königsdisziplin der Krisenkommunikation

Mit dem Social Web sind vernetzte Mikroöffentlichkeiten entstanden. Dadurch werden andere Voraussetzungen der Entstehung von Krisen, aber auch gleichzeitig neue Möglichkeiten der Krisenprävention und -kommunikation geschaffen. Die Chancen, die Social Media in der Kommunikation bieten, dürften die Risiken von Online-Krisen überwiegen. Studien gehen davon aus, dass bisher nur sehr wenige Unternehmen einen dauerhaften finanziellen Schaden aus einer fehlerhaften Krisenkommunikation erlitten haben.[5] Die Wahrscheinlichkeit, durch eine offene Kommunikation in Social Media dauerhaft in einer Unternehmenskrise zu landen, erscheint daher (noch) gering. Allerdings sollten sich die Unternehmen auf den offenen Dialog mit Kunden und anderen Anspruchsgruppen vorbereiten. Der offene Dialog gehört nicht zwangsläufig zu

5 Owyang, J. (2008): *A Chronology of Brands that Got Punk’d by Social Media*; http://www.web-strategist.com/blog/2008/05/02/a-chonology-of-brands-that-got-punkd-by-social-media/.

den „Königsdisziplinen“ von Unternehmen. Krisen sind im Social Media-Kontext kaum planbar und jede Krise folgt ihrem eigenen Verlauf. Es gibt daher keinen festen Fahrplan zur Krisenbewältigung, aber Möglichkeiten der Vorbereitung. Die Prävention ist wichtigster Baustein der Krisenkommunikation.

Die Größe des Handlungsspielraums hängt von der Zeitspanne ab, die zwischen Krisenwahrnehmung und Existenz der Krise liegt. Je näher die Zeitpunkte beieinander liegen, desto kleiner wird der Handlungsspielraum. Unternehmen müssen im Fall einer Krise offen kommunizieren, um Glaubwürdigkeit zu erhalten. Folgende Empfehlungen zur Vermeidung von „Flächenbränden“ lassen sich formulieren:[6]

- Brandmauer ziehen: Online-Reputation als digitales Schutzschild.
- Vorbereiten und Basis schaffen: Echtzeit-Monitoring als Frühwarnsystem, infrastrukturelle Voraussetzungen schaffen (Personal, Ressourcen), mögliche Krisen simulieren und Gegenstrategien entwickeln.
- Schnell löschen: Dialogorientierte Kommunikation in der Krise; unmittelbare, kompetente Reaktion; Fakten sprechen lassen; Social Media ädaquat einsetzen; Zielgruppen- und kanalspezifisch kommunizieren.
- Verbessern: Erfolgskontrolle von Maßnahmen; Verbesserungspotentiale identifizieren; Notfall-pläne anpassen.

Unternehmen müssen sich diesen Veränderungen stellen. Entweder wird aktiv partizipiert oder es wird anderen (z.B. Kunden, Mitbewerbern) überlassen, sich in Social Media zum Unternehmen zu äußern. Wichtig ist vor al-

6 Hardiman, M. (2011): *Krisenkommunikation 2.0. Was tun, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist?* http://www.slideshare.net/KPZ-Social-Media/krisenkommunikation-im-social-web-10596070.

Prof. Dr. Reiner Clement

Online-Kommunikation von Unternehmen im Kontext von Web 2.0 – Technologien

lem die Auseinandersetzung mit möglichen Krisen auf den eigenen Social Media-Kanälen, denn hier wird erwartet, dass ein Unternehmen reagiert, wenn negative Kommentare und Kritik laut werden. Zuhören, vernetzen und Beziehungspflege gewinnen daher zukünftig an Bedeutung.[7]

7 Clement, R./Schreiber, D. (2013): *Internet-Ökonomie. Grundlagen und Fallbeispiele der vernetzten Wirtschaft*, Heidelberg (forthcoming), Kap. 10.

Revolte per Mausklick? Zur Rolle digitaler Medien im „Arabischen Frühling“

Loay Mudhoon,
geb. 1972, ist Nahostexperte und Redaktionsleiter des Dialogportals Qantara.de der Deutschen Welle. Der Politik- und Islamwissenschaftler lehrt zudem seit 2005 am Institut für Internationale Politik und Außenpolitik und am Orientalischen Seminar der Universität zu Köln.

„Facebook-Aktivismus“, „Twitter-Revolution“, „Volksaufstand per Mausklick“ – kein Schlagwort scheint in den Zeiten der Revolutionswelle im Zuge des „Arabischen Frühlings“ plakativ genug, um die besondere Bedeutung digitaler Plattformen und Neuer Medien beim historischen Umbruch im arabischen Raum zu beschreiben. Und spätestens seit der ägyptische Internetaktivist und Google-Manager für den Mittleren Osten Wael Ghonim zum Gesicht der ägyptischen Protestbewegung und vom US-Magazin „Time“ zur einflussreichsten Persönlichkeit 2011 gekürt wurde, ist der „Hype“ um die Wirkung von Twitter, Facebook und Co. nicht mehr zu stoppen.

In diversen internationalen Medien und Foren, aber auch in Politik und Wissenschaft, entzündete sich eine kontrovers geführte Diskussion über die tatsächliche Wirkung von digitalen Medien auf die größte Massenmobilisierung in der jüngsten Geschichte arabischer Völker. Den Kern dieser Debatte bildeten zwei grundlegende Fragen: Wären die arabischen Revolutionen ohne den Einsatz sozialer Medien möglich gewesen? Und welchen Beitrag konnten deren Netzwerke zum demokratischen Transformationsprozess in den postrevolutionären arabischen Staaten leisten?

Freie Medien jenseits staatlicher Kontrolle

Zweifelsohne spielten Soziale Medien eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung und Organisation der historischen Protestwelle in der arabischen Welt. Denn sie stießen in neue Dimensionen vor, eröffneten den Menschen andere Kommunikationskanäle jenseits staatlicher Medienkont-

Loay Mudhoon

Revolte per Mausklick? Zur Rolle digitaler Medien im „Arabischen Frühling“

rolle – und ermöglichten somit neuartige Formen der freien Interaktion und Partizipation. Menschen unterschiedlicher Herkunft konnten ihre Standpunkte deutlich machen.

Bei Facebook und allen anderen Medien war der erste Schritt entscheidend; nämlich die Überwindung der Angst und die Schaffung von neuen Artikulationsräumen, zunächst virtuell, dann real. Denn ohne diese freien Räume wären weder Gruppenbildung noch Massenmobilisierung gewesen. Auch deshalb sprechen wir von einer neuen arabischen Welt, in der die Schranken der Angst gefallen sind. Seitdem sind die Neuen Medien als Mittel zur Bewusstseinsbildung für das, was real existiert, im arabischen Raum nicht mehr wegzudenken.

Keine „Facebook-Revolution“

Doch jenseits dieser Euphorie, hinter der sich teilweise ein neuartiger Technikfetischismus im globalen Demokratiediskurs verbergen dürfte, sollte die Bedeutung Sozialer Medien für das Gelingen der ersten Etappen der arabischen Revolutionen nicht überschätzt werden. Schließlich lagen die realen Ursachen für die Volksaufstände auf der Hand, nämlich die schlechte Versorgungslage der Bevölkerung durch die sozioökonomischen Krisen und die Reformblockade durch die völlig korrupten und unfähigen arabischen Machteliten. Außerdem führt die Überbetonung der Rolle der Sozialen Netze dazu, den politischen Gehalt der sozial-bürgerlichen Revolten auszuhöhlen – und sie auf diese Weise zu „virtualisieren“.

Aus diesem Grund distanzieren sich führende arabische Blogger wie die Ägypter Alaa Abdel-Fattah und Ahmad Badawy in aller Deutlichkeit von Bezeichnungen wie „Facebook-Revolution“ oder „digitalen Dissidenten“. Vielmehr verweisen sie auf die Bedeutung von Flugblättern, Bürgerversammlungen und die kreativen Aktionsformen der vielen verschiedenen Aktivisten für die Mobi-

lisierung. Alaa Abdel-Fattah erinnert immer wieder daran, dass die Massenproteste in Ägypten weitergingen, als das Mubarak-Regime das gesamte Internet und alle Mobiltelefonnetze Anfang Februar 2011 komplett abschalten ließ. Für ihn ist es wichtig zu verstehen, dass der Einsatz von Online-Plattformen rein instrumentell war. Fast alle tonangebenden arabischen Blogger verstehen sich übrigens als Agenten des Wandels und Triebkräfte der neu zu etablierenden sozialen und politischen Ordnung.

Dieser politisch motivierte, digitale Aktivismus lässt sich am Beispiel Ägypten gut verdeutlichen, wo viele Blogger, die an der Revolution maßgeblich teilnahmen, gleichzeitig Mitglieder der „Jugendbewegung des 6. April" waren. Diese Bewegung stellt „die Keimzelle der Revolution" dar. Sie hatte zu den ersten Protesten aufgerufen – lange vor der Besetzung des symbolträchtigen Tahrir-Platzes in Kairo. Sie war aus dem Arbeitskampf in der Textil-Stadt Mahala im Nil-Delta im April 2008 hervorgegangen. Am 6. April 2008 nahmen mehr als 70.000 Arbeiter am ersten mit Hilfe von Facebook organisierten Streik teil. Diese schnelle Mobilisierung überraschte nicht nur die ägyptischen Sicherheitsbehörden, sondern die Aktivisten selbst, die in diesem Augenblick das große Potenzial dieser neuen Medien erkannt haben.

Symbiotische Vernetzung klassischer und Neuer Medien

Auch wenn der Startschuss für diese historische Protestwelle den neuen sozialen Medien zuzuschreiben ist, die Weiterentwicklung und die innerarabische Popularisierung der „Arabellion" kam erst durch den transnationalen arabischen Sender Al Jazeera zustande. Das gilt auch für die Bildung symbolischer Repräsentationen, wie sie durch die Schaffung von Ikonen wie Mohamed Bouazizi entstanden sind.

Al Jazeera trug die revolutionäre Dynamik von den digitalen Elitenmedien in alle arabischen Haushalte –

Loay Mudhoon

Revolte per Mausklick? Zur Rolle digitaler Medien im „Arabischen Frühling“

und schuf somit eine panarabische Identitätsgemeinschaft. Ohne Al Jazeera wäre die Revolution in Syrien wahrscheinlich schon niedergeschlagen worden, so wie die iranische „Twitter-Revolution“ 2009.

Als sicher gilt auch: Ohne Al Jazeera wären die arabischen Revolutionen anders verlaufen, denn der Nachrichtensender aus dem Mini-Emirat Katar befeuerte die Aufstände in Tunesien, Ägypten und Libyen und ist zum Sprachrohr und Motor der arabischen Revolutionen aufgestiegen.

Aber das arabische Leitmedium spielt nicht immer und überall eine ruhmreiche Rolle, wie wir in Bahrain sehen: Dort tat er den bürgerlichen Volksaufstand als „Unruhe mit konfessionellem Hintergründen“ ab – ein schwerwiegender Glaubwürdigkeitskonflikt. Auch im Syrienkonflikt agiert er eindeutig als politischer Akteur. Der mächtige Nachrichtenpionier und arabische Tabubrecher avancierte in den letzten zwei Jahren zunehmend zu einem Softpower-Instrument im Dienste der Außenpolitik Katars.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass soziale Medien und Netzwerke eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Koordination der Massenproteste spielten; sie fungierten zudem als Katalysator und Brandbeschleuniger. Doch für die analytische Einordnung ihrer Rolle muss auch die Rolle traditioneller Massenmedien wie die einflussreichen Sender Al Jazeera und Al-Arabija berücksichtigt werden, vor allem die historische Zusammenarbeit und die symbiotische Vernetzung klassischer und Neuer Medien.

Digitale Medien können effektive Instrumente für politischen Wandel und demokratischen Aufbruch sein, wenn Graswurzelorganisationen und etablierte Protestbewegungen von ihnen Gebrauch machen – und nicht vereinzelte Blogger und Technikfetischisten.

Impressum

bonner perspektiven

wird herausgegeben von Bodo Hombach,
Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)

Redaktionsleitung:
Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.), Tabea Reissenberger

Layout und Satz:
Rumberg Grafik Bonn, Benjamin Tschöpe
Druck:
Kessoprint, Nikolausstr. 43, 53129 Bonn, www.kessoprint.de

Recht:
Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP) unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Titelbild:
Fasserhaus/photocase.de

**Bonner Akademie
für Forschung und Lehre
praktischer Politik**

Heussallee 18-24
53113 Bonn
Tel. +49 228 7362990
Fax +49 228 7362988
bapp@uni-bonn.de
www.bapp-bonn.de